

Evangelischer
Pressedienst

epd

epd medien

70 Jahre

www.epd-medien.de

Wo wird aus „gefällt mir“ gefällt uns?



In den Programmen des Mitteldeutschen Rundfunks, der regelmäßig 96 Prozent aller Menschen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erreicht. Gemeinsamer, freier Rundfunk für alle. Im Radio, Fernsehen, Web und als App.



Mitten in Deutschland.
Mitten im Leben.

mdr

Klüger werden, nicht erregter

Liebe Leserinnen und Leser,

ein 70. Geburtstag ist Anlass für Dankbarkeit. Ohne Zweifel kann der Evangelische Pressedienst (epd) dankbar sein, dass die Verantwortlichen in seinen Reihen vor sieben Jahrzehnten den Bedarf einer Fachpublikation für den Rundfunk erkannt haben. Als am 21. Januar 1949 die erste Ausgabe von epd/Kirche und Rundfunk erschien, war das Grundgesetz noch nicht in Kraft. Einen freien öffentlich-rechtlichen Rundfunk gab es noch nicht. epd/Kirche und Rundfunk, bald Kifu genannt, erschien am Sitz der damaligen epd-Zentralredaktion in Bethel bei Bielefeld unter der Zulassung Nr. 134 der Militärregierung, wie es im Impressum hieß.

Die Kirche dürfe den Rundfunk nicht nur als technisches Hilfsmittel ansehen, sondern müsse ihn „in seiner kulturellen und soziologischen Eigengesetzlichkeit verstehen lernen“, hieß es in der ersten Ausgabe unter der Überschrift „Worin wir unsere Aufgabe sehen“. Und Adolf Grimme, Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR), kam mit einer deutlichen Mahnung zu Wort: „Der Rundfunk darf nicht der verführerischen Jagd nach Popularität verfallen.“

Die Aufgabenbeschreibung ist bis heute leitend für epd medien und die Medienberichterstattung des Evangelischen Pressedienstes in seinen Agenturdiensten. Dabei will auch epd medien selbst der Verführung zu schneller Aufmerksamkeit widerstehen. Es sind die tiefgründigen und oft leisen, aber nicht minder pointierten Töne, mit denen sich epd medien profiliert in einem Konzert der Medienkritik, das allzu oft von der Schrille einer Berichterstattung beherrscht wird, die bisweilen nur vorgibt, Journalismus zu sein. Wer epd medien liest, soll am Ende klüger, nicht erregter sein.

„Sie sind ein öffentliches Gewissen“, sagt der Filmmacher und Schriftsteller Alexander Kluge am Ende des Interviews, das er für diese Sonderausgabe zum 70-jährigen Bestehen von epd medien gegeben hat. Wir verstehen den Satz als Verpflichtung. Und er macht uns Mut, auch in der Zukunft zunächst Fragen zu stellen und Räume für Diskussion zu schaffen, wenn sich angesichts der kontinuierlich schnellen Umbrüche in der Medienwelt letztgültige Antworten guten Gewissens noch nicht geben lassen.

Alexander Kluge war 16 Jahre alt, als epd/Kirche und Rundfunk das erste Mal erschien. Als Zeitzeuge lässt er 70 Jahre Mediengeschichte Revue passieren, nicht ohne einen kritisch-wohlwollenden Blick auf die Gegenwart. So wie Alexander Kluge ohne nostalgisch verklärende Töne auskommt, wollen wir es auch mit dieser Jubiläumsausgabe halten: Wir schauen auf die Vergangenheit mit Respekt für die Leistungen derer, die epd medien zu dem unverzichtbaren Branchendienst gemacht haben, der höchste Anerkennung genießt. Dabei wollen wir nicht in der Rückschau verharren, sondern auch mit diesem Heft die Medienthemen der Zeit in den Blick nehmen.

Eine Ihre Gedanken anregende Lektüre wünscht Ihnen

Karsten Frerichs



Chefredakteur Evangelischer Pressedienst

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der Evang.
Publizistik (GEP) gGmbH
in Frankfurt am Main
HRB 49081
USt-ID-Nr.DE 114235 916

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann

Verlagsleiter:
Bert Wegener

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Karsten Frerichs

epd medien und epd medien aktuell:
Diemut Roether (Verantw. Redakteurin),
Michael Ridder, Ellen Nebel

Emil-von-Behring-Straße 3
60439 Frankfurt am Main
Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261

E-Mail: medien@epd.de
kundenservice@epd.de

Bildnachweise:
S. 1 epd-bild: Heike Lyding
S. 4 GEP
S. 5, 6, 10 epd-bild: Theo Klein
S. 18 Uwe Völkner (Fotoagentur FOX)
S. 21 Guido Schiefer
S. 27 privat
S. 32 Barbara Dietl
S. 37 Hans-Bredow-Institut
S. 38 Probono

Anzeigen:
m-public Medien Services GmbH
Zimmerstraße 90, 10117 Berlin
Telefon (030) 32 53 21-433
Telefax (030) 32 53 21-444
E-Mail: info@m-public.de

Druck:
druckhaus köthen GmbH & Co. KG
Friedrichstr. 11/12, 06366 Köthen (Anhalt)

Erscheinungstermin: 18. Januar 2019

Nachdruck nur mit Vertrag.

Unabhängiger Qualitätsjournalismus

Die Kontrollfunktion von epd medien

Die Packung Papiertaschentücher liegt mit deutlich lesbarem Markenzeichen auf dem Küchentisch, die Firmenherkunft der Bierflasche ist ohne Mühe identifizierbar, die Tüte Chips hat einen nicht zu übersehenden Schriftzug auf der Packung. Schleichwerbung! 2005 nahmen zunächst die Medienbranche und dann die breite Öffentlichkeit zur Kenntnis, dass in öffentlich-rechtlichen Vorabendserien ein passant allerlei zu erfahren ist, wonach wir Zuschauenden gar nicht gefragt haben. Etwa welche Badelotion gut riecht oder mit welchem Reisebüro man billig in Urlaub fliegen kann. Informationen, die sogar ins Drehbuch eingearbeitet wurden, ohne werblich gekennzeichnet zu sein – ein einträgliches Geschäft für Firmen und Produzenten, ausgerechnet im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Warum gehört eine so aufwendige investigative Recherche zu den Aufgaben eines von der evangelischen Kirche getragenen Mediums?

Nüchtern bilanziert hatte die Geschichte für den Verlag von epd medien wirtschaftlich keine Auswirkungen, weder negativ noch positiv. Sie war auch von vorneherein nicht auf wirtschaftlichen Ertrag ausgelegt, denn in dem für Medienberichterstattung gut gesättigten Markt stehen die Prognosen für Abbonnentenzuwachs schlecht – die Recherchestory um Schleichwerbung hat daran nichts geändert.

So war, ist und bleibt epd medien auf finanzielle Unterstützung der evangelischen Kirche angewiesen, die weder von einer solch aufsehenerregenden Story noch von der hochanerkannten Arbeit des Dienstes insgesamt einen direkt messbaren Nutzen hat. Etwa in Form von Mitgliederzuwachs oder durch eine besondere Art der Evangeliumsverkündigung. Darum handelt es sich bei dem, was epd medien anbietet, nachweisbar nicht, das ist auch gar nicht die Aufgabe. Es geht um etwas anderes. Warum also leistet sich die evangelische Kirche dieses Produkt?

Die deutschen Fernsehzuschauerinnen und -zuschauer müssen sich seit Veröffentlichung des Werbeskandals nicht mehr mit Methoden der Schleichwerbung betrügen lassen. Für die öffentlich-rechtlichen Rundfunksysteme in Deutschland war die epd-Geschichte Ansporn, moralisch einwandfreie Kategorien für Produktplatzierungen zu entwickeln. Wichtig für ein System, das wesentlich von Gebühren finanziert wird und mit seinem Grundversorgungsauftrag für Information, Bildung und Unterhaltung entscheidenden kommunikativen Anteil am Zusammenhalt unserer demokratischen Gesellschaft haben soll. Das kann nur leisten, wer moralisch integer ist und auf dieser Grundlage Qualitätsjournalismus anbietet.

Moralisch integer! Qualitätsjournalismus! Das liegt der evangelischen Kirche am Herzen. Ihr geht es als wichtigem Faktor der Zivilgesellschaft maßgeblich um den Erhalt des freiheitlich-demokratischen Systems. Nicht erst seit der digitalen Entwicklung unserer Kommunikationsgesellschaft mit der Diskussion um Macht und Wirkung der sozialen Medien wissen wir, wie sehr unabhängige journalistische Berichterstattung, die von glaubwürdigen Medien- und Verlagshäusern getragen wird, zu den Grundpfeilern unseres Staates zu zählen sind.

Am 1. Juni 2005 veröffentlichte Volker Lilienthal in epd medien den Artikel „Bavaria Connection“, in dem er nachwies, dass die Produktionsfirma Bavaria über Jahre systematisch Schleichwerbung in der Vorabendserie „Marienhof“ zuließ.

Mit Unterstützung des Deutschen Journalisten-Verbands gelang es epd medien, diesem Treiben mit Hilfe einer verdeckten Recherche auf die Schliche zu kommen. Die geplante Veröffentlichung stieß auf den erbitterten Widerstand der vermittelnden Agentur, die es in einem juristischen Verfahren erstinstanzlich schaffte, die Berichterstattung zu stoppen. Aber nur vorübergehend. Die Geschäftsführung von epd medien und der DJV blieben hartnäckig am Ball, gewannen in der Berufungsinstanz und brachten die Geschichte ans Licht der Öffentlichkeit.

Der Schleichwerbeskandal veränderte die öffentlich-rechtlichen Sender und führte zu eindeutigeren Regeln für die Produktplatzierung in fiktionalen Programmen. 2005 hat epd medien deutsche Mediengeschichte geschrieben.

Natürlich: Aus der Perspektive der politischen Wirkung betrachtet, mag es nicht allzu folgenreich sein, wenn Millionen von Menschen an den Fernsehbildschirmen subkutan Werbung für Konsumprodukte eingeflößt wird. Aber wer so etwas zulässt, macht eine Tür auf für verhängnisvollere Entwicklungen. Politisch folgenreich wird es nämlich, wenn Medien flächendeckend manipuliert werden, wenn Rundfunk wie in der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland gleichgeschaltet wird, wenn die Menschen der Unabhängigkeit und Vollständigkeit medialer Berichterstattung nicht mehr trauen und nicht mehr vertrauen, wenn Informationen abwandern in digitale Filterblasen, wenn der Gesellschaft die Wächterfunktion der unabhängigen Medien abhandenkommt.

Wir erleben das leider in unserer Gegenwart weltweit, auch in europäischen Nachbarstaaten. In Deutschland soll es nicht so weit kommen, nicht wieder. Die beiden großen christlichen Kirchen haben es sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs zur Aufgabe gemacht, aktiv am Erhalt eines unabhängigen Qualitätsjournalismus in Deutschland mitzuwirken. Sie setzen sich mannigfaltig dafür ein, indem ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mitdiskutieren, indem sie vertreten sind in Gremien wie der Filmförderungsanstalt, indem sie auf Großveranstaltungen wie der Berlinale zu ökumenischen Empfängen einladen oder jedes Jahr zum immer ausgebuchten Tag des Online-Journalismus beim Hessischen Rundfunk in Frankfurt am Main oder indem sie Medienpreise wie den Robert Geisendörfer Preis der evangelischen Kirche für jeweils zwei Fernseh- und Hörfunkbeiträge, zwei Kinderfernsehformate und einen Sonderpreis für eine besonders verdiente Persönlichkeit in den Medien vergeben.

Und indem sie selbst publizieren: Die Kirche setzt sich aktiv für den Erhalt von Qualitätsjournalismus ein, indem sie der Mediengesellschaft ein Instrument wie epd medien anbietet. Schon seit 1949, seit 70 Jahren.

„Die Kirchen gehören zu den zentralen kulturpolitischen Akteuren Deutschlands“, unterstreicht die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages in ihrem Abschlussbericht im Dezember 2007. In der Begleitstudie des Instituts für kulturelle Infrastruktur Sachsen von 2005 wird ergänzend festgestellt, dass sich das kirchliche Engagement nicht mehr nur auf die öffentlich-rechtlichen Sender beschränke, sondern die Kirche auch den Vertrieb und Verleih von Filmen organisiere und sich konstruktiv an der Medienkritik beteilige durch eigene Preisverleihungen und Einschätzungen des aktuellen Medienangebots. Kirche bietet eine wesentliche Kulturleistung zum Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

und stellt sich damit als subsidiärer Teil in den Dienst für die Menschen in dieser Gesellschaft.

Die medienpolitischen Aktivitäten der beiden großen Kirchen stellen die Frage von Qualität immer ins Zentrum. Nach der Barmer Theologischen Erklärung besteht der Auftrag der Kirche darin, „an Christi Statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk“.

*„Die Kirchen gehören zu
den zentralen kulturpolitischen
Akteuren Deutschlands.“*

Welche wesentliche Rolle die Kraft des Bildes für die Kommunikation spielt, weiß die evangelische Kirche seit ihrer Gründung. 500 Jahre nach der Reformation ist uns 2017 in zahlreichen Beiträgen vor Augen geführt worden, wie die Lehren Martin Luthers auch mit Hilfe von Bildern und Grafiken mit den Mitteln des damals neu erfundenen Buchdrucks Verbreitung fanden. Folgerichtig, dass sich die beiden großen christlichen Kirchen mit dem „Wort zum Sonntag“, dem inzwischen zweitältesten Sendeformat des Deutschen Fernsehens, Platz und Geltung im neuen Medium verschafften und bis heute behaupten.

Aber es geht Kirche nicht nur um Fernsehen. Mit dem Sitz in der Filmförderanstalt nimmt sie Einfluss auf kulturpolitische Entscheidungen von Politik, Wirtschaft und Kultur, in den Prüfungskommissionen der Freiwilligen Selbstkontrollen von Film und Fernsehen wachen auch Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen über Qualitätsprogramm, Kirche ist aktiv in den Jugendschutzgremien.

Ihre Kompetenz in allen kommunikativen Angelegenheiten unterstreicht sie mit eigenen Leistungen in Redaktion und Produktion: Mit der Zeitschrift epd Film setzt sie ein Ausrufezeichen in der Filmkritik, die von evangelischen Landeskirchen getragene Produktionsgesellschaft Eikon steuert bei den Sendern hochwillkommenes Qualitätsprogramm bei, unter anderem den Film „Katharina Luther“, der in der ARD mit über sieben Millionen Zuschauerinnen und Zuschauern einen großen Erfolg feierte.

Die evangelische Firma Matthias-Film sichert sich Rechte von hochwertigem Filmmaterial, reichert es edukativ

an und bringt die Filme in Ethik- und Religionsunterricht an die deutschen Schulen. All das sind Aktivitäten der evangelischen Kirche, die evangelische Publizistik als „Lebensäußerung“ betrachtet, als eine Funktion der Kirche, die an der Erfüllung des Auftrags teilnimmt, dem Kirche verpflichtet ist. Mit in Medienbranche und Gesellschaft geachteten Produkten wie der Nachrichtenagentur epd, dem evangelischen Magazin chrison, zahlreichen Formaten in Fernsehen und Hörfunk oder auch mit digitalen Produkten wie evangelisch.de: Kirche weist die Trägerschaft für eigene unabhängige journalistische Leistungen nach und wird so selbst als kompetenter Akteur in der Mediengesellschaft wahrgenommen.

Wenn eine Institution wie die Kirche als Großorganisation souverän genug ist, sich selbst durch die eigene evangelische Publizistik journalistisch unabhängig kontrollieren zu lassen, verdient sie sich die volle Glaubwürdigkeit für eigene Kontrolltätigkeiten. So werden kirchliche Vertreterinnen und Vertreter in Rundfunk- und Verwaltungsräten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten oder in filmpolitischen Gremien als kompetent und authentisch wahrgenommen. Ein Resultat ist die Berufung von Marlehn Thieme, Mitglied des Rates der EKD und ehemaliges Mitglied im Aufsichtsrat des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik, zur Vorsitzenden des ZDF-Fernsehrates.

An der Kontrollfunktion für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk teilzuhaben, ist medienkulturelle Aufgabe der Kirche, die von epd medien maßgeblich unterstützt wird.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, ein beitragsfinanziertes Mediensystem, das der Allgemeinheit zu dienen hat und gerade nicht von der Politik kontrolliert werden soll – das wäre nicht im Sinne der Erfinder, der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg in den damaligen Besatzungszonen. Wirksame Kontrolle müssen die sogenannten gesellschaftlich relevanten Kräfte in den Gremien übernehmen.

epd medien kommt dafür eine wichtige Rolle zu, wie die Intendantinnen und Intendanten von ARD und ZDF immer wieder bestätigen. Auf den Punkt gebracht hat es Kurt Beck, der ehemalige Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, 2007 in Berlin: „Ich will ausdrücklich für epd Dankeschön sagen. Gäbe es diese Publikation nicht, würde Sie allen, die an medienpolitischen Fragen interessiert sind, wirklich ernsthaft fehlen. Ich glaube – und das ist ein Kompliment an die Macher dieser Information –, dass man in Deutschland sich medienpolitisch nicht engagieren kann, ohne diese Publikation intensiv wahrzunehmen.“

Jörg Bollmann



Direktor des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik

„Die Bavaria-Connection“

Interne Geschäftsunterlagen der Firmen K+W und H.+S., die epd vorliegen, beweisen, wie intensiv und systematisch die Bemühungen um den „Marienhof“ früher waren. Eine von 2002/03 datierende Projektliste weist sage und schreibe fast 200 Produkthersteller, Dienstleister, Interessenverbände und öffentliche Institutionen bis hin zum Bundeskriminalamt aus, denen Andreas Schnoor und seine Mitarbeiter ein Platzierungsangebot unterbreiten wollten oder schon unterbreitet hatten. Die Liste dokumentiert auch die fünf Abschlüsse, die man für den „Marienhof“ in jener Zeit schon getätigt hatte: Tetra Pak zum Thema Lactose-

unverträglichkeit, Vodafone D2, der Kinofilmverleiher UIP („5 Folgen, Option auf 10 Folgen“), Nourypharma und der Allgemeine Deutsche Tanzlehrerverband („Tanzschule, 20 Folgen“). Die Tanzlehrer, von denen es inzwischen ebenso eine Bestätigung für die Kooperation gibt wie von UIP, sollten übrigens auch in der ARD-Jugendserie „Fabrixx“, produziert von der Bavaria-Tochter Maran, untergebracht werden: „AS (d.i. Andreas Schnoor) telefoniert mit von Mossner“, vermerkt das Protokoll dazu.

Ein weiteres K+W-Protokoll zum „Monatsmeeting“ vom 2. Dezember 2002 lässt zudem erkennen,

was für die 10. Staffel des „Marienhof“, also für rund 250 Folgen, die für die Ausstrahlung zwischen Juni 2002 und Juni 2003 vorgesehen waren, geplant war: „Bitte darauf achten, dass keine Abschlüsse unter fünf Folgen gemacht werden! Bei Abschluss sollte grundsätzlich ein Beratungs- und Requisitenlieferungsvertrag abgeschlossen werden! PREISE: ‚Aktive Integration‘, EUR 17.500. AUSSTATTUNGS-PLACEMENT: Es müssen 20 Folgen minimum für ein Motiv belegt werden, on the top 5 Folgen, als sog. ‚Aktive‘. Keine Exklusivausstattung! Produktvielfalt muss gegeben sein.“

Volker Lilienthal, epd medien 55/05

„Im Netz gibt es keine Öffentlichkeit“

Ein Gespräch mit Alexander Kluge über Medien und Öffentlichkeit

epd medien wurde 1949 gegründet, knapp vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs...

Alexander Kluge: ... das ist das Jahr des Grundgesetzes und der ersten öffentlich-rechtlichen Rundfunksender...

Im Januar 1949 wurden aus den Nachkriegssendern in der amerikanischen Besatzungszone öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten. Sie wurden damals 17 Jahre alt. Wie haben Sie zu der Zeit, als junger Mann, Medien wahrgenommen. Ich habe in dem Jahr in Berlin mein Abitur gemacht und mich im Oktober immatrikuliert in der Juristischen Fakultät der Universität Marburg. Da kommen Medien gar nicht vor. Es ist kein Radio da, kein Fernseher. Medien waren für mich Bücher. Vorher waren Medien Filme. In Berlin haben die vier Besatzungsmächte, als Rivalen, das Beste gezeigt, was sie hatten. Der französische Sektor hatte Filme der Spitzenklasse, der britische Sektor hatte die Clubs. Wir sind als Gymnasiasten in britischen Clubs aufgewachsen, das ist eine Öffentlichkeit eigener Art. Und wir haben für AFN geschwärmt.

AFN, das American Forces Network, war also der Radiosender, den Sie gehört haben...

So ein AFN Soldier fällt aus seiner Bettkoje und fängt sofort an zu moderieren. Das ist sehr lebendig. Da war die Musik, „Chattanooga Choo Choo...“ – dieser Rhythmus, das ging den ganzen Tag so. Dazwischen sind Nachrichten gestreut auf eine lockere Weise. Auch im öf-



Das Ohr unterscheidet besser, wem ich vertrauen kann, als das Auge, das sich durch Werbung schneller täuschen lässt.

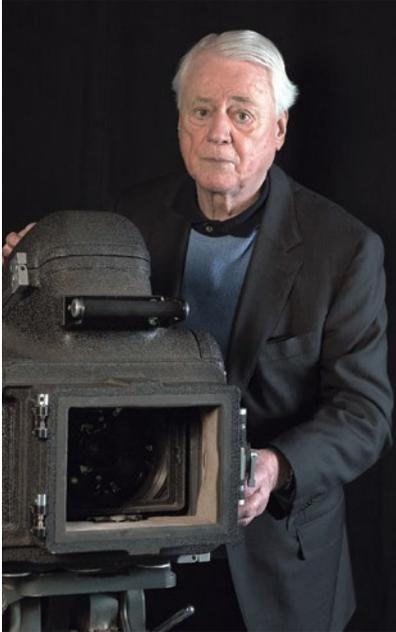
fentlich-rechtlichen Rundfunk sind die wichtigsten Begabungen aus dem Hörfunk gekommen: Günther Jauch, Thomas Gottschalk... Die Radiomoderatoren haben eine große Nähe zu dem, was in den Menschen immer gegenwärtig ist. Das ist Mündlichkeit und das Hören. Das Ohr unterscheidet besser, wem ich

vertrauen kann, als das Auge, das sich durch Werbung schneller täuschen lässt. Die Begabungsreserve liegt im Hörfunk.

Wird das Radio nicht wichtig genug genommen?

Die Sender und auch manche Abteilungsleiter haben die Tendenz, den

Alexander Kluge



„Eine Zielgruppe ist nichts Wirkliches.“

Alexander Kluge wurde 1932 in Halberstadt geboren. Anfang der 60er Jahre wurde er als Schriftsteller und Filmemacher bekannt, er gilt als einer der einflussreichsten Vertreter des Neuen Deutschen Films. 1968 erhielt er den Goldenen Löwen bei den Filmfestspielen in Venedig für „Die Artisten in der Zirkuskuppel: Ratlos“ und 2008 den Ehrenpreis des Deutschen Filmpreises. Für sein literarisches Schaffen wurde er unter anderem 2003 mit dem Georg-Büchner-Preis und 2014 mit dem Heinrich-Heine-Preis geehrt. 1987 gründete er gemeinsam mit anderen Partnern die Development Company for Television Program (dctp), die Programmfenster für RTL, Sat.1 und VOX produziert.

Hörfunk den durch das Fernsehen geprägten Zielgruppen unterzuordnen. Viel mehr als über die Absetzung der „Lindenstraße“ würde ich über diese Unterschätzung des Hörfunks jammern. Es gibt zwar immer noch Hörspiele und andere große Qualitäten, aber das, was das Medium öffentlich-rechtlicher Rundfunk besonders gut kann, wird bedroht.

Sie haben einmal erzählt, dass bei Ihnen zu Haus in Halberstadt, als sie ein Kind waren, viel erzählt wurde und dass Sie das stark geprägt hat. Haben Sie als Kind schon Radio gehört?

Man hat früher überhaupt Radio gehört. Mein Vater hat nachts Radio Roma gehört, italienische Oper, während des Luftangriffs. Ich bin in der Nacht geweckt worden, das ist ein ganz tiefer Eindruck, auch ein tröstender. Ich sehe meine Großmutter, wie sie jeden Tag zu bestimmten Stunden dasitzt und Hörspiele hört. Sie ist eine aufmerksame Person, das guckt man sich ab. Ich werde 1938 eingeschult, da ist die Sudetenkrise, und plötzlich werden die Menschen ernst und hören Nachrichten. Da hat der Hörfunk eine große Zeit gehabt. Er war als Propagandainstrument der Obersten Heeresleitung am Ende des Ersten Weltkriegs begründet worden, auf massive Weise wurde er zum Propagandainstrument des Dritten Reichs, und in dieser Instrumentalisierung war er dennoch – gesehen von mir als Erstklässler – unglaublich eindrucksvoll.

Sie haben als Kind den Luftangriff auf Halberstadt miterlebt, bei dem das Haus Ihres Vaters zerstört wurde, und Ihr erster Impuls war: „Endlich ist etwas passiert, das ich morgen in der Schulpause erzählen kann.“ Das ist ja ein journalistischer Ur-Impuls: Es ist was passiert, und ich will davon erzählen. Warum sind Sie nicht Journalist geworden?

Ich bin Öffentlichkeitsmacher. Hemingway ist auch ein Öffentlichkeitsmacher. Man nennt ihn einen

Dichter, aber er schreibt für die Lücke, die die Werbung lässt. Er ist auch ein Journalist und ist neugierig. Ich glaube, dass der Beruf des Journalisten oder des Öffentlichkeitsmachers einer generellen Neugierde folgt, die übrigens in meiner Heimatstadt Halberstadt endemisch ist. Die sind alle so: Wenn sie was erleben, wollen sie es anschließend erzählen. Die neigen alle zu einem Raunen, das ist ein Gesumm von Mitteilungen.

Konnte sich dann Ihrem Eindruck nach der nach dem Krieg neu entstandene öffentlich-rechtliche Rundfunk von dem Stigma befreien, dass er zuvor als Propagandainstrument missbraucht worden war?

Er wurde ja bewusst als Gegenöffentlichkeit zum Dritten Reich gegründet und hat die Zuverlässigkeit ausgestrahlt, die das Grundgesetz hat. Nehmen Sie mal das Jahr 1962. Da haben Sie beim Süddeutschen Rundfunk auf der einen Seite die Stuttgarter Schule im Dokumentarfilm und auf der anderen Seite den Radio-Essay, das hat es nie wieder gegeben. Martin Walser arbeitet bei der Hauptabteilung für Dokumentation, Hans Magnus Enzensberger, Alfred Andersch, Helmut Heißenbüttel arbeiten in der Redaktion Radio-Essay. Das war eine Glanzzeit!

Dass in den 60er Jahren die berühmte Stuttgarter Schule im Dokumentarfilm entstand, hat also Ihres Erachtens auch mit der Tatsache zu tun, dass es beim SDR den Radio-Essay gab?

Das ist wie bei einem Korallenriff: In nährstoffarmen Meeren nährt sich das Leben am Korallenriff, sagt man. Der eine entzündet den anderen. Das sind Konstellationen. Das hat auch uns an der Ulmer Hochschule für Gestaltung bewegt. Wir haben damals wiederum mit dem Siemens-Studio für elektronische Musik zusammengearbeitet, in dem die Avantgarde der Komponisten sich versammelte. Das Studio haben wir dann nach Ulm geholt. Das passiert alles 1962. Gleichzeitig entsteht für

den Film die Oberhausener Gruppe. Es ist das Jahr der „Spiegel“-Affäre. Es ist die Zeit, in der Gerhard Richter, der im Jahr zuvor nach Westdeutschland gekommen war, mit seiner Arbeit beginnt. Das war das Ende der Adenauer-Ära, die ich im Nachhinein übrigens wegen ihrer Leistung immer mehr respektiere. Die Jahre 62 und 66 sind Kulminationspunkte, bevor die Protestbewegung alles aufregt, sehr vieles verlebendigt, aber sich auch wie ein Vulkanausbruch und eine Lava darübersetzt. Es hat nie wieder eine so großartige, klassische selbstständige Form von Dokumentation gegeben wie in der Stuttgarter Schule.

Einer der berühmtesten Filme der Stuttgarter Schule war der 1967 für die Reihe „Zeichen der Zeit“ beim Süddeutschen Rundfunk entstandene Film „Der Polizeistaatsbe-

such“, für den Roman Brodmann den Besuch des Schahs von Persien in der Bundesrepublik filmte. In Berlin wurde Brodmann dann auch Zeuge der Proteste gegen den Schah und der Schüsse auf Benno Ohnesorg...

„ Die digitalen Agenturen sind in der Lage, unsere Wünsche schneller zu verstehen, als wir sie in uns erzeugen.

Roman Brodmann kommt als Einziger an und filmt das. Keine Nachrichtenabteilung ist da, das ist ein emotional bewegender Film. Er beginnt in Rothenburg ob der Tauber und erzählt aus der Provinz mit einer Ironie, die heute noch absolut frisch ist. Man sieht die Parade vor dem Schah, den Empfang in Bonn. Das

ist mit Witz bewaffnet, und dann der große Ernst in Berlin. Das ist große Fernsehkunst.

Wie haben Sie das Fernsehen wahrgenommen, als es anfang. Erinnern Sie sich an die ersten Sendungen, die Sie gesehen haben?

Eigentlich nur im Nachhinein. Ich habe die Anfänge der ARD hinterher studiert. Ich habe einmal einen Film gemacht, „Das Beste an der ARD sind ihre Anfänge“, aber ich war währenddessen mit anderen Dingen beschäftigt als mit dem Fernsehen.

Haben Sie eine Erinnerung daran, wie die „Tagesschau“ auf Sendung ging, 1952?

1952 bin ich ein Student, ich habe keinen Fernseher. Ich habe zu der Zeit von 175 Mark gelebt. Dafür können Sie sich kein Radio leisten. Man

Anzeige

Woche für Woche die besten **Branchennachrichten** –
relevant, fundiert, fachkundig.

aserto: gratuliert zu **70 Jahren**
erstklassigem **Medienjournalismus.**

www.aserto.de

hat als Student zu dem Zeitpunkt eigentlich nichts weiter gemacht als gelernt.

Aber Sie haben Zeitung gelesen?

Und wie. Ich habe den Kiosk genutzt und immer mehrere Zeitungen gelesen.

Lesen Sie heute noch Zeitung?

Immer. Jeden Tag. Das Erste, was ich tue, ist Zeitung lesen. Und ich muss Ihnen sagen, es rührt mich an, wenn ich in großen Städten am Vorabend das Blatt vom nächsten Tag sehe. Ich kaufe es immer, auch wenn ich es nicht lese. Das ist meine Prägung. Ich lese die „Süddeutsche“, die „F.A.Z.“, die „Frankfurter Rundschau“, auch die „taz“. Ich lese meist mehrere Zeitungen.

Welche Medien nutzen Sie noch? Radio? Fernsehen?

Ich höre zu wenig Radio, weil ich die Zeit nicht habe. Das mache ich nur, wenn ich Autofahre. Aber das liegt nicht daran, dass ich es nicht liebe. Und ich sehe beruflich eine Menge Fernsehen, freiwillig sehe ich kaum etwas.

Welche Fernsehsendungen schauen Sie sich an?

Die Serie „Babylon Berlin“ habe ich mir angeschaut, jeden Donnerstag. Ich habe gestaunt, wie innerhalb des Genres ein Narrativ entsteht, das tatsächlich meine Kinder und mich gleichzeitig in das Wendejahr 1929 zieht. Mit Mitteln, die ich nicht billige. Ich billige nicht, dass man mir über einen Kriminalfall ein Jahr erklärt, aber mein Verstand war keine Bremse dafür, dass ich gefühlsmäßig übergelaufen bin. Das ist eine eigenständige Bilderwelt, die Personen sind sehr eigenständig. Es ist ein emotionaler Subtext enthalten. Nehmen Sie das Beispiel, wie der Kommissar Rath die junge Frau rettet. Sie werden mit dem Auto abgedrängt von der Straße und gehen unter. Meine Erfahrung, mein Denken sagt mir, die müssten doch längst sterben, und drei Mal taucht er, um

das Liebste, was er hat, zu retten. Das ist so unwahrscheinlich und gegenrealistisch, dass mein Gefühl erstmals wieder etwas wahrnimmt. Die Verwandlung der Welt in Wahrscheinlichkeiten, die der Dramaturgie des normalen Abbildrealismus zugrunde liegt, ist emotional falsch. Wenn ich liebe, kann ich mich so verhalten wie der Taucher bei Schiller. So balladesk ist hier erzählt. Das Fernsehen, das sonst ein Fenster zur Wirklichkeit ist, erzählt mir hier eine poetische Version der menschlichen Zuwendung. Und dass Tom Tykwer das in so einem teuren Projekt durch die Gremien bringt, finde ich toll.

„ *Es hat nie wieder eine so großartige, klassische selbstständige Form von Dokumentation gegeben wie in der Stuttgarter Schule.*

Welche Medienereignisse haben sich Ihnen eingepägt im Laufe Ihres Lebens? Was haben Sie medial vermittelt erlebt? Wie erinnern Sie sich an den 11. September 2001?

Ich stehe am Telefon. Mitarbeiter haben mich alarmiert. Meine Tochter ruft an. Sie sagt: „Jetzt sackt auch der zweite Turm zusammen. Ist das eine Inszenierung?“ Sie hat einen Moment lang nicht geglaubt, dass das wirklich ist. Und ich auch nicht. Das ist ein bleibender Schock. So wie Kennedys Tod. Aber noch mehr als das haben mir die autofreien Sonntage Willy Brandts Eindruck gemacht. Sie spiegeln eine andere Wirklichkeit. Das ist, als ob eine Zeit, die ich von früher kenne, und eine Zeit, die jetzt ist, plötzlich tauschen.

Fallen Ihnen Sendungen ein, die Sie als typisch für die jeweilige Zeit bezeichnen würden?

Das sind Perioden. Es gibt eine Fernsehspieltradition in den Anfängen, die großartig war. Das ist wie

eine Evolution. Im Moment haben Sie eine Fehlentwicklung. So viel Kriminalität wie derzeit in den Krimis durchdekliniert wird, gibt es in der Gesellschaft gar nicht. Das ist die Anpassung an angebliche Zielgruppen. Eine Zielgruppe ist nichts Wirkliches.

Ich frage mich, wie lange das Zielgruppenkonzept noch funktionieren soll angesichts der Möglichkeiten, die wir im Internet haben.

Netflix kann das auch alles. Das nehmen uns die amerikanischen Konzerne ab. Nicht nur in Silicon Valley. Auch an anderen Intelligenzorten in der Welt arbeiten sie daran. Die smarten digitalen Agenturen sind in der Lage, unsere Wünsche schneller zu verstehen, als wir sie in uns erzeugen. Da sitzen wir als Roboter davor. Ausgeleert. Wenn Algorithmen so mächtig sind, müssen wir an einer Gegenöffentlichkeit bauen, die die Gleichgewichte wiederherstellt. Vor allem muss man

das Selbstbewusstsein der Produktionssphäre aufrechterhalten, wenn sich sonst alles in Informatik auflöst. Wir brauchen menschliche Arbeit in der Gesellschaft. Wir müssen die schwierigere Arbeitswelt verteidigen gegen die Verteilerwelt.

Sie haben mit Oskar Negt zusammen das Buch „Öffentlichkeit und Erfahrung“ geschrieben, und da sprechen Sie von „Fernsehhumanismus“. Was haben Sie damit gemeint? Meinen Sie damit so etwas wie den Wunsch, die Öffentlichkeit zu erziehen, der aber suspekt ist, weil sich die Leute nicht belehren lassen wollen?

Nun: Menschen sind lernbereit. Ich würde nicht unterschätzen, was ein intaktes öffentlich-rechtliches System vermag. Es lässt zum Beispiel in unserem Land nicht zu, dass ein Medienmogul wie Berlusconi Ministerpräsident wird, oder es lässt einen Sender wie Fox nicht zu, der im Weißen Haus einen Präsidenten beschert.

Trotzdem ist die AfD mit einem Ergebnis von fast 13 Prozent in den Bundestag eingezogen.

Ich sage ja auch, dass der Fernsehhumanismus nicht ausreicht für eine Gegenöffentlichkeit. Ich meine, dass es freie Narrationen geben muss, die tiefer dringen als Vorsätze oder Regeln. Ich habe das im Hessischen Rundfunk erlebt bei der Notstandsdebatte. Ich saß dabei, als Intendant Werner Hess die Veranstaltung im Großen Saal des HR, die übertragen wurde, plötzlich abbrach, weil sie durch Studenten gestört wurde. Er hatte lange durchgehalten, aber die Veranstaltung geriet außer Kontrolle. Und er hätte dann ein Schauspiel gesendet, von dem die Studenten sich versprochen, es sei wirksamer als jede Demonstration. Das abzubrechen war legitim.

Da ist also eine Öffentlichkeit aufgetreten, die sich in einer Form geäußert hat, die der Sender nicht mehr kontrollieren konnte. Heute kommt das ja sehr häufig vor, dass sich im Internet Öffentlichkeiten formieren und produzieren, die viel mehr zu sein scheinen, als sie tatsächlich sind. Sie sind laut und werden sehr stark wahrgenommen.

Das ist auch ein Angriff auf die Öffentlichkeit, der da stattfindet, und alle fragen sich: Wie gehen wir damit um?

Aber Sie haben nicht den Multiplikatoreffekt eines öffentlich-rechtlichen Netzes. Im Internet scheint mir zunächst einmal als erste Aushilfe wichtig, dass man Gegenöffentlichkeit schafft: im Sandsturm von zu viel Silizium – Oasen. Wenn der Shitstorm dort arbeitet, lohnt es sich, für Gegendarstellung zu sorgen. Man kann auch Stiftungen gründen, die so etwas systematisch machen. Eine Organisation von 60 Anwälten ist in der Lage, jede Lüge im Netz durch Diskussion auszuräumen. Wo es einen Algorithmus gibt, brauche ich einen Gegenalgorithmus, dann habe ich wieder Gleichgewichtsverhältnisse. Wo es einen Shitstorm gibt, muss ich den Gegenschitstorm organisieren können. Wenn alle passiv sitzen bleiben und beeindruckt sind, sind die Shitstorms allmächtig und beliebig. Den aufrechten Gang zu lernen unter Verhältnissen des Netzes, fordert eine zweite Alphabetisierung und eine Aktivierung von allseitigen Initiativen. Ich muss die Wähler der AfD ernst nehmen, die Partei nicht. Im Fernsehen ge-

schieht das Umgekehrte. Was die Wähler in den ostdeutschen Ländern möglicherweise wollen, wird nicht untersucht. Die Organisation dagegen wird durch Zitat dauernd verbreitet.

Oder in Talkshows eingeladen.

Das ist nicht die adäquate Behandlung. Im Jahr 1929 hatte Hitler vier Prozent Wähler in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Da hätte ihn eine Organisation von 40.000 Erwachsenenbildnern besiegen können. Das ist eine bleibende Frage: Ist es richtig, aus einem Gift ein Gegengift zu entwickeln und so Immunität zu erwerben? Ist es besser, den Muskel in unseren Köpfen und unserem Herzen zu stärken, der mit Lüge umgehen kann und sie erkennt, und damit auf Selbsttätigkeit und Selbstorganisation zu vertrauen, oder ist es besser, auf Regulationen und Zensur zu setzen? Meine Erfahrung ist: Auf Begrenzer können Sie nicht vertrauen, weil sie umgangen werden.

Sie haben einmal gesagt, „breite Teile der Realität sind nicht real“. Heißt das im Umkehrschluss: Das, was wir heute als Fake News

Anzeige



druckhaus
köthen

150
Jahre
1869–2019

14 Uhr ►► Dateneingang ► Datenprüfung ► Druckplattenherstellung ►
Drucken ► Binden ► Verpacken ► Übergabe an Verteilerdienst ►► 18 Uhr
Mit dieser wöchentlichen Herausforderung halten Sie uns jung. Danke.

Wir gratulieren zum Jubiläum!

druckhaus@koethen.de • www.koethen.de • Tel.: +49 (0)3496 4001-0 • Fax: +49 (0)3496 4001-20

bezeichnen, hat es schon immer gegeben?

Nehmen Sie eine mittelalterliche Stadt, da gibt es kein Fernsehen und kaum Medien. Es gibt Gerüchte, die sind brutal und können zum Tod von Menschen führen in einem Pogrom. Da basiert viel auf Hysterie. Dass die Realität vorgibt, sie sei das Reale, liegt darin, dass unbewusst eine Meinungsbildung stattfindet, die eine Deutung der Verhältnisse erzeugt. Das ist eine Konstruktion von Wirklichkeit. Es gibt ein zweites Element: Eine Wirklichkeit für Menschen ist keine Wirklichkeit an sich. Wenn die Wirklichkeit menschenfeindliche Züge hat, sind die Menschen evolutionär darauf geeicht, sie zu leugnen. Ein Widerstand in uns arbeitet Tag und Nacht an der Veränderung einer für Menschen nicht passenden Wirklichkeit. Das ist der Antirealismus des Gefühls.

Wollen Sie damit sagen, die Tatsache, dass der Klimawandel uns so wenig beunruhigt, hat damit zu tun, dass wir das verdrängen?

Wenn wir Unruhe spüren und nicht wissen, was wir dagegen tun können, kränkt uns das. Wenn wir dagegen einen Ausweg wissen, wird uns das in Gang setzen. Auf den Klimawandel zu antworten, ist für den Einzelnen schwer. Die tägliche Gewohnheit und der Arbeitsplatz liegen für einen Menschen näher als das Schicksal des Erdballs. Das kann dazu führen, dass der Einzelne sich machtlos fühlt. Dann wird er diese Ohnmacht leugnen. Er ist dann offen für die Behauptung, es gibt gar keinen Klimawandel. Darauf reitet Trump. Das wird immer erfolgreich sein, weil Menschen totale Mutlosigkeit nicht ertragen können. Die Intelligenz verhält sich in dem antagonistischen Sinn, dass sie eine Wirklichkeit, die überhaupt nicht zu mir passt, leugnet. Diese Illusionstätigkeit, die uns anhaftet, hat den gleichen Kern, aus dem Aufklärung entsteht. Wir sind der Evolution nach kein Homo oeconomicus. Wir haben Verstandeskräfte, wir haben eine lebendige Intelligenz, aber sie reicht

für unser Verhalten nicht aus. Wenn wir Angst bekommen, flüchten wir, auch wenn die Intelligenz uns sagt: Das darfst du nicht. Die Fantasie ist ein Fluchttier.

Und der Vorwurf der Lügenpresse hat dann damit zu tun, dass die Menschen nicht lesen wollen...



„ *Die versammelten Samstagprogramme des deutschen Fernsehens sind international nicht konkurrenzfähig.*

...dass sie ohnmächtig sind. Wenn sie ihre Narration wiederfinden würden, würden sie wieder Vertrauen fassen.

Wir können aber doch den Leuten nicht die Lügen erzählen, die sie gerne hören wollen.

Nein. Aber Sie könnten ihnen andere Geschichten erzählen. Sie sagen, es gibt in Amerika Apple. Ein großes Unternehmen. Der Vater des Gründers von Apple kommt aus Syrien. Hätte man den Vater nicht in die USA gelassen, hätte es diesen Gründer nicht gegeben. Und diese Geräte von Apple sind mit der ganzen Menschheitsgeschichte verwandt, weil das

Fingerspitzengefühl 800 Millionen Jahre alt ist. Diese Geräte haben keine Schalter, es reicht zu streichen. Und Streichen und Streicheln sind verwandt. Als zweite Geschichte würde ich erzählen: In Brandenburg oder in Sachsen gab es im 17. Jahrhundert einen großen Zufluss von den Hugenotten. Die Hugenotten haben die protestantische Welt um mehr als 50 Jahre nach vorne gebracht. Sie haben den Übergang von der Alphabetisierung zu Manufaktur und Industrialisierung mitbewirkt. Ein Teil der preußischen Beamten sind Hugenotten. Wenn Sie eine Kette solcher Erzählungen entwickeln und jetzt noch sagen können: Hier in den Bergen Thüringens liegt eine Fabrik, die ist erhalten geblieben, weil gegen ihre Schließung angekämpft wurde, dann haben Sie Geschichten, die berühren. Sie müssten jedem Einzelnen wie ein homöopathischer Arzt Geschichten erzählen.

Sie meinen also, die Medien müssen andere Geschichten erzählen. Aber das Fernsehen ist ja ein Medium, das immer schon Geschichten erzählt hat.

Das Fernsehen hat ursprünglich seinen öffentlichen Auftrag sehr ernst genommen. Die SRG in der Schweiz tut das heute noch. Und einzelne Sender oder einzelne Abteilungen in einigen Sendern tun das immer noch. Aber andere ahmen die Erfolge des privaten Fernsehens nach. Das ZDF ist ein hochqualifizierter Sender, aber es läuft auch den Erfolgsmodellen des privaten Fernsehens hinterher. Das gilt auch für die ARD. Die versammelten Samstagprogramme des deutschen Fernsehens sind international nicht konkurrenzfähig. Man kann sie in keinem anderen Land vorführen, das ist für gebührenfinanziertes Fernsehen eine Affenschande.

Wie stark hat Ihrer Ansicht nach das Fernsehen unsere Wahrnehmung von den Medien geprägt?

Es ist ein Leitmedium. Wenn etwas passiert wie der 11. September 2001, schalten wir das Fernsehen ein. Das

tun selbst meine Kinder, die kein Fernsehen mehr sehen. Weil es im Netz keine zentrale Stelle gibt, geht man zu dem gemeinsamen Ort, das ist das öffentlich-rechtliche Fernsehen. Das ist ein hohes Gut, man hat ein Vertrauensverhältnis zu den Leitmedien. Das ist, was der Marktplatz in Florenz war oder der Roland an den Rathäusern. Aber wenn Sender vor den Nachrichten und bereits im Design der „Tagesschau“ Bauhaus-Werbung einblenden, also mit dem Signet der Nachrichten, machen Sie etwas Illegitimes. Das ist ein Missbrauch der Autorität, die ein Leitmedium hat.

Sie haben 1987, kurz nachdem das Privatfernsehen aufkam, in Düsseldorf die Firma dctp gegründet, mit der Sie über Fensterprogramme nichtkommerzielles Fernsehen in das Privatfernsehen eingeschleust haben.

Das habe ich nicht allein gemacht. Jürgen Büssow, der damals Mitglied der SPD-Medienkommission war, hat damals die Initiative ergriffen. Wir unabhängigen Filmemacher hatten bereits vor Aufkommen der Privaten mit dem Fernsehen zusammengearbeitet und haben gesagt, wir wollen das Prinzip Autorenfilm auf das Fernsehen übertragen, das Prinzip der Unabhängigkeit. Nordrhein-Westfalen hat dann ein Gesetz gemacht und gesagt, wenn das private Fernsehen Zulassungen haben will im größten Bundesland, muss es ein Stockwerkseigentum an die Allgemeinheit geben.

Das waren die sogenannten Drittsendezeiten, die Sat.1 und RTL abgeben müssen.

Wir haben im Rahmen der dctp, beraten von Günter Gaus und Burkhard Hirsch, eine Koalition gebildet mit Spiegel TV, später auch Focus TV,

zeitweise Zeit TV und anderen. Die Idee haben wir uns beim Zeitungskiosk abgeschaut. An den Kiosken muss garantiert sein, dass alle Zeitungen, auch die weniger auflagenstarken, angeboten werden. Wir haben gesagt, in dem hochmotorisierten Entertainmentgeschäft muss es für die Sachinformationen im Fernsehen eine Öffnung geben.

Der frühere Sat.1-Chef Roger Schawinski hat einmal gesagt, die Lizenzen für die Drittsendezeiten seien eine Lizenz zum Gelddrucken gewesen.

Das ist Unfug. Wir erhalten nach dem Gesetz das Entgelt für die Werbezeiten, die mit den Sendungen verbunden sind. Das ist zu einer frühen Sendezeit eine ganze Menge, aber wenn Sie nachts um halb eins senden, kriegen Sie 900 Euro pro Minute. Das sind die Produktionskosten.

Anzeige



**Journalisten
brauchen
Teamgeist.**

>DARUM DJV.

Tabea Grzeszyk,
Mitgründerin von Hostwriter.org

www.djv.de

Sie haben einmal geschrieben: „Gemeinsame Öffentlichkeit ist ein wichtiges soziales Gut. Geht sie verloren, ist sie durch nichts zu ersetzen.“ Haben wir diese Öffentlichkeit schon verloren?

Im Moment ist sie instabil.

Den Zeitungen sterben zurzeit die Geschäftsmodelle weg. Das wird als Medienkrise bezeichnet, ich würde eher sagen, es ist eine Krise der Geschäftsmodelle, denn der Journalismus hat heute mehr Möglichkeiten denn je. Absolut. Die Zeit für Journalismus ist heute interessanter, als sie je war. Alles ist aufgeraut, als würde es umgegraben. Wir leben in disruptiver Zeit. Aber die Antwort der „Süddeutschen Zeitung“ ist zum Beispiel die Samstagsausgabe. Das nähert sich einem Unterhaltungsblatt, das

mich anmacht als Konsument. Das enttäuscht mich, während mich die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ und die „taz“ beleben. Die Werbeagenturen, die die Öffentlichkeitsbedürfnisse der Industrie einsammeln, bestimmen, wie Öffentlichkeit aussehen soll. In dem

„ Weil es im Netz keine zentrale Stelle gibt, geht man zu dem gemeinsamen Ort, das ist das öffentlich-rechtliche Fernsehen.

Moment müssten sich alle Stiftungen, die gemeinnützig sind, verbünden, um wieder eine klassische bürgerliche Öffentlichkeit zu etablieren. Diese Gegenöffentlichkeit, die die

klassische Öffentlichkeit bewahren hilft, müssen wir organisieren. Immer wenn wir einen Missbrauch sehen, müssen wir ein Gegenmittel ersinnen.

Welche Rolle kann Ihrer Ansicht nach die Medienpublizistik in dieser Gemengelage spielen?

Sie machen mit epd medien im Grunde seit 1949 Gleichgewichtspolitik. Sie haben Einfluss ausgeübt, indem Sie eine Plattform für Gleichgewichte gebildet haben. Eine Plattform ist eine Agora. Ohne ein Gefäß für Meinungs Austausch, das eine Autorität in der Öffentlichkeit besitzt, können Sie keine Meinung bilden. Im Netz gibt es im Grunde keine Öffentlichkeit. Sie müssten jetzt im Netz Ihre Präsenz ausbauen und Bündnisse bauen über Deutschland hinaus. Sie sind ein öffentliches Gewissen.

Fragen: Diemut Roether

Anzeige



Für Menschen da sein

Menschen, die Hilfe brauchen, stehen im Mittelpunkt der Arbeit Bethels. Es werden jährlich mehr als 230.000 Menschen betreut, gefördert, unterstützt und ausgebildet. Einrichtungen und Angebote von Bethel gibt es in acht Bundesländern.

Mit der Vielfalt der Arbeitsfelder, den Hilfeangeboten in den Einrichtungen, in denen unterschiedlichste Menschen leben, arbeiten und betreut werden, und mit dem großen Kreis von Freunden und Förderern ist Bethel wohl einzigartig.

Wir danken allen sehr herzlich, die uns helfen, für Menschen da zu sein!

www.bethel.de



Radio Days, 1949 bis 2019

28. Januar 1949

Der Hessische Rundfunk erhält die Lizenz als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt

Festakte im Jahr 1949: am 25. Januar in München, am 28. Januar in Frankfurt am Main, am 5. April in Bremen und schließlich am 22. Juli in Stuttgart: Aus den Nachkriegssendern in der US-amerikanischen Besatzungszone werden die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Bayerischer Rundfunk, Hessischer Rundfunk, Radio Bremen und Süddeutscher Rundfunk. Sie sollen selbstverwaltet sein und ihre Arbeit auf dem Prinzip der gesellschaftlichen Verantwortung aufbauen. Doch was gesetzlich verabschiedet worden war, hatte sich im Programmalltag vieler, vor allem parteipolitischer Begehrlichkeiten zu erwehren.

20. Dezember 1963

Berichte vom Frankfurter Auschwitzprozess

Der Auschwitzprozess gilt als entscheidender Schritt in der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Die Berichterstattung im Radio über das juristische Verfahren, das am 20. Dezember 1963 in Frankfurt am Main eröffnet wurde, sorgte dafür, dass auch öffentlich über NS-Verbrechen diskutiert wurde. Axel Eggebrecht war die aufklärerische Stimme des Auschwitzprozesses. Der prominente Hörfunkjournalist berichtete über zwei Jahre hinweg regelmäßig in den Sendereihen „Vergangenheit vor Gericht“ und „Bericht vom Auschwitz-Prozess“. Radio war für ihn die Möglichkeit, aus dem, was im Gerichtssaal verhandelt wurde, ein gesamtgesellschaftliches Thema zu machen.

19. April 1951

Der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR) sendet Günter Eichs Hörspiel „Träume“

Mit Eichs „Träume“ hat für die Hörspielgeschichtsschreibung die „Geburtsstunde des Hörspiels“ geschlagen. Doch die zeitgenössischen Reaktionen auf Eichs verstörende „Träume“ lassen diese spätere Wertschätzung noch nicht erkennen, im Gegenteil: Sie zeigen Abwehr und Protest. In Hamburg haben sie Anrufe erhalten, Stellungnahmen während der laufenden Sendung, in denen aufgebrachte Hörer Urteile fällen wie diese: „Sagen Sie mal, was verzapfen Sie heute Abend wieder für'n Mist im Rundfunk? Es ist zum Kotzen! Hängen Sie sich Ihre ganzen Hörspiele an' Nagel, wissen Sie – schweinemäßig ist das!“

16. Mai 1964

Zum „Deutschlandtreffen der Jugend“ startet DT64, das Jugendradio des DDR-Rundfunks

Aus dem „Sonderstudio DT64“ anlässlich des „Deutschlandtreffens der Jugend“ wurde sehr bald ein regelmäßiges Jugendprogramm im DDR-Rundfunk – mit einer wechselvollen Geschichte bis 1989 und einem Ende auf Raten in den sogenannten Nachwendejahren. Vor allem aber mit einem ungebrochenen Nachleben in den sozialen Medien. Auf Facebook und anderswo ist DT64 ein lebhaftes Beispiel für Medienerinnerungen, wie schwedische Wissenschaftler aufgezeigt haben.

1. Juli 1986

Start des ersten landesweiten privaten Radiosenders: Radio Schleswig-Holstein

Welche Bedeutung hatte das Radio in den 1980er Jahren noch angesichts des groß und mächtig gewordenen Fernsehens? In den öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogrammen folgte Reform auf Reform. Die Region wurde zur entscheidenden „publizistischen Aufgabe“. Höchststrichterliche Entscheidungen, politische Weichenstellungen und ökonomische Interessen bahnten der privatwirtschaftlichen Konkurrenz den Weg. Die neu eingerichteten Landesmedienanstalten lizenzierten private regionale und lokale Hörfunksender, vielfach als musikbasierte Formatradios mit regionalem Informationsanteil.

Neuland-Erklärer

Glanz und Elend der Medienkritik

Fangen wir mit dem derzeitigen Elend an: Das besteht darin, dass pauschale Verunglimpfung als Medienkritik verstanden werden will und wird. Es ist en vogue, Medien Versagen in der Mediengesellschaft vorzuwerfen, ihnen zu unterstellen, dass sie der Informationskomplexität nicht gerecht werden, ihre eigene Agenda verfolgen. Diese Vorwürfe sind nicht neu, neu ist ihre Dichte.

„Lügenpresse“, das Unwort des Jahres 2014, hat mit dem Beginn der „Pegida“-Demonstrationen in Dresden und dem Aufstieg der AfD einen neuen, unseligen Karriereschub erfahren. Populistische Angriffe gegen die sogenannten Mainstreammedien gehen vielfach mit Gewaltdrohungen und Gewalt gegen Journalisten einher. Mit dem Begriff „Lügenpresse“ werden Medien pauschal Manipulationen zugunsten diffuser Mächte unterstellt. Bernhard Pörksen hat es so zusammengefasst: Medienverdrossenheit hat sich zu einer verschwörungstheoretischen Radikalisierung entwickelt.

Wenn Medien „Lügenpresse“ und Journalisten „Volksverräter“ sind, dann heißt der Umkehrschluss, dass diejenigen, die diese Kampfbegriffe nutzen, einen „dogmatischen Anspruch auf Selbstwahrheit“ erheben. Für den Historiker Magnus Brechtken ist das die Basis aller autoritären Systeme.

Doch das Elend ist noch größer: Medieninstitutionen und Journalisten werden nicht nur auf der Straße attackiert, sondern auch von allerhöchsten Stellen. Donald Trump hat bereits im Wahlkampf und vor allem seit sei-

nem Amtsantritt mit regelmäßigen Verbalinjurien den Ton gesetzt in seinem persönlichen Kampf gegen „Fake News Media“ und „Volksverräter“. Der Versuch, dem CNN-Korrespondenten Jim Acosta die Akkreditierung für das Weiße Haus zu entziehen, war nur ein vorläufiger Höhepunkt in diesem Drama, das von Anfang an Züge eines Spektakels hatte.

Mit Besorgnis muss man gleich mehreres zur Kenntnis nehmen. Zum einen: Die fortgesetzte Mediendenunziation des Präsidenten eines Landes, das als die älteste der modernen Demokratien stets die Fahne der *freedom of speech* hochgehalten hat, macht es so gut wie unmöglich, Populisten und Autokraten andernorts von Missachtung der Pressefreiheit, Gängelung von Journalisten und Schlimmerem abzubringen. Die Xis, Putins, Erdoğan, Orbáns, Kaczyńskis dieser Welt können sich ebenso die Hände reiben wie die thailändischen und ägyptischen Generäle, die saudische Herrscherfamilie und allzu viele andere und auf die im Weißen Haus vorgelebte Medienverachtung verweisen. Trump, ein schlechtes Vorbild. 70 Jahre nach Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen steht es nicht gut um das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Zum anderen: Auch in Demokratien hinterlässt diese Art von Hetze gegen Medien und das Verächtlichmachen von Journalisten giftige Spuren, weil sie die gesellschaftliche Selbstverständigung zunächst untergraben und dann zerstören. Wir sehen uns konfrontiert mit einem dramatischen Verfall der politischen Kultur, dem

Chronik



Verlust von Vertrauen in Institutionen, der Auflösung von gesellschaftlichem Zusammenhalt und der Spaltung der Gesellschaft.

Nun ist diese Art von „Medienkritik“ keinesfalls die Verursacherin des Krisenzustands, in dem sich – neben der US-amerikanischen – die europäischen Demokratien befinden, sie ist vielmehr Symptom und Katalysator gleichermaßen. In ihr entladen sich – ebenso wie in der Verachtung der komplexen demokratischen Verfahren – Marginalisierungsängste. In ihr kommen das Unbehagen und die Unsicherheit zum Ausdruck, in einer Gesellschaft, die sich nur durch permanente Beschleunigung und Steigerung stabilisiert, noch mithalten zu können.

Als Krisenkatalysator wirkt die Diffamierung der Medien nicht zuletzt, weil die geteilte gesellschaftliche Realität auf ein Minimum schrumpft und die partikularen Sichtweisen verbindungslos bestenfalls nebeneinander und die jeweils eigenen „Wahrheiten“ gegeneinander stehen. Das gilt umso mehr, da unter digitalen Vorzeichen das mediale „Lagerfeuer der Nation“ erlischt. Jeder hat Zugang zu so viel Information wie nie zuvor, und zugleich ist die Welt so komplex und interdependent wie nie zuvor.

Die Digitalisierung ermöglicht die Gleichzeitigkeit von Geschehnissen und Nachricht – mit bekannten Kollateralschäden. Von vielem gibt es zu viel in dem merkwürdigen Kampf um Exklusivität. Vieles ist zu laut, zu schnell, zu wenig hinterfragt. Das Verstehen und Einordnen von Informationen, das Erkennen von Entwicklungen ist für alle – Mediennutzer, Medienmacher, Politiker – eine wachsende Herausforderung und die einfachen Antworten sind eine allzu große Versuchung.

Dennoch bleibt die Frage, wie aus einer Medienverdrossenheit eine solche Verschwörungshysterie entstehen

konnte. Was haben Medienmacher, vor allem in der Beziehung zu ihren Nutzern, übersehen? Und welche Rolle spielte die etablierte Medienkritik dabei?

Über die Bemerkung der Bundeskanzlerin, dass das Internet noch immer so etwas wie Neuland sei, wurde 2013 heftig gespottet. Doch was Angela Merkel damals sagte, traf sicher auf einen Großteil der Redaktionen zu. Digitaler Journalismus heißt ja nicht nur, dass die Umlaufgeschwindigkeit der Nachrichten steigt, ihre Menge

„Von vielem gibt es zu viel in dem merkwürdigen Kampf um Exklusivität.“

anschwillt, die Recherchetiefe abnimmt, weil „die anderen“ es eh schon haben. Digitaler Journalismus bedeutet vor allem eine andere Beziehung zum Nutzer. Und damit geht eine andere journalistische Rolle einher, die ein anderes Selbstverständnis der Profession erfordert. Neuland eben.

Wie journalistische Angebote genutzt werden, ist nun, anders als in der analogen Welt, nachvollziehbar. Wann wird ein Text gelesen? Wo steigt der Leser aus? Das Wissen darum und viele weitere Daten schaffen eine andere Art von Rückkoppelung und verlangen eine andere Orientierung, nämlich eine an den Interessen der Nutzer.

Journalisten können nicht mehr vorgeben, was die Menschen zu interessieren hat, sondern sie müssen zur Kenntnis nehmen, was die Menschen interessiert, und



sich darauf einstellen. Mehr noch: Nutzer melden sich zu Wort, in Foren, über soziale Medien, per Mail. Der Dialog zwischen Medienmachern und -nutzern ist möglich, auch wenn er nicht immer gelingt und nicht jede Kommunikation automatisch ein Dialog ist.

Doch mit eben diesem Wissen, wie journalistische Angebote genutzt werden und den direkten Kommunikationsmöglichkeiten für jeden ist die mediale Meinungs- und Deutungshoheit dahin. Das ist ein schwieriger Perspektiv- und Haltungswechsel, der mit der Erkenntnis und Akzeptanz in das Schwinden der eigenen Bedeutung einhergehen muss, wenn er gelingen soll. Der Umgang mit den Nutzern, die offene und interessierte Kommunikation mit denen, für die recherchiert und publiziert wird, wird entweder selbstverständlicher Teil der journalistischen Profession oder der Journalismus verfehlt in digitalen Zeiten seinen Zweck.

Dieser Lernprozess ist schmerzhaft und holprig. Lange, zu lange haben sich Medienunternehmen und Redaktionen vor allem mit den wirtschaftlichen Folgen der digitalen Umgestaltung befasst, sahen sich vor allem in der Defensive gegen „das Internet“ und haben den Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust ihres Publikums, die Zweifel ihrer Nutzer kaum wahrgenommen.

Der Aufstieg der AfD, der Ausgang des Brexit-Votums, die Wahl Donald Trumps – all das kam als große Überraschung daher. Warum? Weil gesellschaftliche Unterströmungen nicht wahrgenommen wurden. Weil Probleme, die Menschen haben, nicht gesehen und gehört wurden. Weil Fragen nicht gestellt wurden. Weil der journalistische Fokus auf den politischen Zentren, den Hauptstädten lag. Und nicht zuletzt, weil auch Journalisten in ihrer eigenen Filterblase leben, weil Redaktionen zu homogen sind und gesellschaftliche Vielfalt sich auch dort nicht abbildet. Kurz: „Zu viel Überraschung

zeugt von Entfremdung“ von denen, für die Journalismus gemacht wird, wie es die Chefredakteurin von „Spiegel Online“, Barbara Hans, auf den Punkt bringt.

Nicht zuletzt befördert von diesen „Überraschungen“ setzt sich die Erkenntnis durch, dass Journalisten weniger die Welt, sondern ihre Arbeitsweise erklären und sich den Fragen ihres Publikums stellen müssen. Wie schwierig und unbequem die Selbstreflexion, das Sich-infrage-stellen-lassen ist, beschrieb Georg Mascolo in einem Essay in der „Süddeutschen Zeitung“. Er skizzierte, wie „Bequemlichkeit und Herdentrieb“ Recherche ersetzt hätten und fragte: „Was hätten wir mit jedem anderen Berufsstand gemacht, der so die Regeln bricht?“ Die Frage ist allerdings keine, die die Vergangenheit betrifft und sich erledigt hat. Sie ist nach wie vor aktuell. Also: Was würden wir mit jedem anderen Berufsstand machen, der so die Regeln bricht?

Schwierige Mediendisziplin

Getrieben wird die Auseinandersetzung um das, was Journalismus leistet und zu leisten hat, nicht von der Medienkritik. Sie war dazu nicht in der Lage, ihre Stimme nicht gewichtig genug. Dem Journalismus über Journalismus geht es keineswegs gut. Vielleicht ging es dieser schwierigen Mediendisziplin auch noch nie richtig gut, sondern nur weniger schlecht.

Das war vor allem in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre so. Da spülten die Anzeigen von Börsengängen wie dem der Telekom 1996 unerwartete Werbeeinnahmen in die Verlagskassen. Die Manager der Zeitungshäuser genehmigten den Redaktionen manche neue Stelle, auch den Medienredaktionen. Die analoge Medienwelt schien noch in Ordnung, das traditionelle Geschäftsmodell funktionierte, es lief sogar glänzend, befeuert von den Anzeigenkampagnen.

Chronik

Der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR) spaltet sich auf in NDR und WDR

1955

Aufteilung der Publikation in Kirche und Fernsehen und Kirche und Rundfunk

1954 Das Deutsche Fernsehen geht als bundesweites ARD-Gemeinschaftsprogramm auf Sendung

1955

Die Medienwelt war noch ganz übersichtlich: Neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk hatten sich zwei große Spieler im privaten Fernsehmarkt etabliert, gestützt von den beiden politischen Antagonisten: die bayerische Landesregierung hielt ihre schützende Hand über Leo Kirchs Imperium, und Nordrhein-Westfalen trat als Sachwalter der Bertelsmann-Interessen auf.

Auch die technische Entwicklung, Treiber der Veränderung, schien übersichtlich und man hielt sie für vorhersehbar. Die Verlagshäuser versuchten ihre Anzeigemärkte zu schützen und interessierten sich mehr für Radio- und (regionale) TV-Beteiligungen als für das, was sich im Netz entwickelte.

Als im Jahr 2000 die sogenannte Dotcom-Blase platzte, als die erwarteten Gewinne all der neuen Technologieunternehmen ausblieben, sah die Medienwelt anders aus. Das große Anzeigengeld blieb aus, es wurde deutlich, dass man vielfach die Entwicklungen im Netz verschlafen hatte. Die Verlagsmanager mussten nun zur Kenntnis nehmen, dass unter anderem das einst so verlässliche Rubrikengeschäft nicht mehr das der Zeitungen war, sondern ins Netz abwanderte. Und es waren eben – mit wenigen Ausnahmen – nicht die Verlage, die diese neuen Firmen und Portale betrieben. Die finanziellen Einbrüche machten die Strukturdefizite und Versäumnisse offensichtlich. Man war auf das Neue, die Zukunft nicht vorbereitet. Die Folge: massive Etat- und dann Stellenkürzungen in den Redaktionen. Das traf auch die Medienredaktionen der Tageszeitungen. Für sie bedeutete das vielfach einen Kahlschlag, von dem sich die wenigsten erholt haben.

Auch in seinen guten Zeiten hatte der Medienjournalismus seine Schwierigkeiten, die im Wesentlichen dieselben geblieben sind. Journalismus über Journalismus ist Teil des Systems Journalismus. Damit geht ein durch-

aus heikler, weil doppelter Rollenkonflikt einher, der einer freien, unabhängigen, kritischen Berichterstattung nicht unbedingt förderlich ist.

Medienredaktionen sind Teil von Unternehmen. Erfahrungsgemäß wird es da schwierig, wo Interessen des eigenen Hauses berührt sind. Sobald die „FR“ sich mit Springer befasste, wurde die Geschäftsführung nervös; der größte Kunde des Druck- und Verlagshauses war schließlich Springer mit einer Teilaufgabe der „Bild“. Die Manuskripte mussten im „sechsten Stock“ vorgelegt und für unbedenklich erklärt werden. Dieses Beispiel ist eines aus der Vergangenheit, aber das dahinterstehende Muster vermutlich nicht.

„Wissenschaft und Journalismus sind gefordert, sich auszutauschen, einander auf die relevanten Fragen, die es zu stellen gilt, hinzuweisen.“

Ebenso dürfte es weder für „ZAPP“ im NDR noch für „@mediasres“ vom Deutschlandfunk einfach sein, über Themen des öffentlich-rechtlichen Systems frei und unabhängig zu berichten. Das gilt, auch das darf man vermuten, auch für die verbliebenen Medienredaktionen in den Zeitungshäusern.

Und noch eine zweite Schere gibt es: Medienkritik wurde und wird – vielfach noch – als Kollegenschelte wahrgenommen. Über die eigene Zunft zieht man nicht her, die stellt man nicht an den Pranger. Hier, so die Hoff-

1956

Der Bayerische Rundfunk (BR) bringt als erster deutscher Sender Werbung im Fernsehen

Friedrich Wilhelm Hymmen
übernimmt die Redaktionsleitung

1958

1960

Kirche und Fernsehen
und Kirche und Rundfunk
erscheinen wöchentlich

nung, wird der Wandel im Selbstverständnis von Journalisten, die lernen, das, was sie tun, zu erklären, Abhilfe schaffen. Dafür sorgen auch die Nutzer, die den Dialog einfordern und Erklärungen verlangen.

Wie der gesamte Journalismus hat auch der Medienjournalismus online Zuwachs bekommen. Vieles davon ist erfreulich. Blogs, Online-Magazine, Podcasts, Autorenportale, Diskussionen auf Twitter informieren, analysieren und kritisieren und verschaffen so der Auseinandersetzung über den Journalismus und der gesellschaftlichen Selbstverständigung mehr Raum. Vieles allerdings bleibt auf ein zahlenmäßig kleines Publikum beschränkt.

Die etablierte Medienkritik und der neue Medienjournalismus stehen vor derselben großen Herausforderung, der sich letzterer allerdings leichter durch Fokussierung und Spezialisierung entziehen kann: die Komplexität der digitalen Welt. Alte und neue Medienkritik kann sich nicht erschöpfen in der Auseinandersetzung mit journalistischen Produkten. Sie muss auch die Entstehungsbedingungen und damit die Strukturen und Strukturveränderungen erkennen und erfragen können, um sie zu verstehen und zu erklären. Das ist weitaus anspruchsvoller und komplexer als in der analogen Welt.

Gewiss, es geht auch in der digitalen Welt um Macht, vor allem um die Macht der großen US-amerikanischen Hightech-Unternehmen. Sie vor allem sind es, die mit ihren technologischen Neuerungen die Veränderungen vorantreiben. Dabei setzen sie auf selbsterklärende Nutzerführung und einfachste Bedienung, aber das, was nicht erkennbar im Hintergrund geschieht, gilt es zu erklären. Hier werden Daten gesammelt, hier wird sortiert, bewertet, ausgewählt. Google, Facebook und ihre Algorithmen entscheiden, was uns erreicht und was nicht.

Und nicht nur das ist in den Blick zu nehmen. Medienjournalismus hat sich mit den ökonomischen Fragen und wirtschaftlichen Folgen zu befassen. Er hat zu fragen nach dem politischen Gestaltungswillen und -zielen, er hat sich mit denen zu befassen, die das Thema auf der Agenda haben, also mit einer Vielzahl von Akteuren auf ganz unterschiedlichen Ebenen – Länder, Bund, Europa, international.

Ja, das ist eine enorme und auf den ersten Blick schier nicht zu bewältigende Aufgabe. Aber: Die Funktionsweise der gesellschaftlichen Kommunikation zu erklären, die Einfluss- und Manipulationsmöglichkeiten aufzuzeigen, ist ein dringendes Anliegen für jede Demokratie. Dafür braucht es mehr Ressourcen, Engagement und Kooperation. Wissenschaft und Journalismus sind gefordert, sich auszutauschen, miteinander zu reden, einander auf die relevanten Fragen, die es zu stellen gilt, hinzuweisen.

Und auch Journalisten müssen kooperieren, ihre Kenntnisse und Kapazitäten bündeln. Was internationale Rechercheverbände zu leisten vermögen, haben wir unter den Überschriften Lux Leaks, Panama Papers oder Implant Files erfahren. Warum soll das nicht in einem für freie Gesellschaften so zentralen Bereich möglich sein? Fragen gibt es genug. Das wäre ein Glanzstück der Medienkritik.

Ingrid Scheithauer



Die Autorin ist Politik- und Medienberaterin. Anfang der 1980er Jahre baute sie das Medienressort der „Frankfurter Rundschau“ auf, das sie bis 2003 leitete.

Chronik

1961

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum geplanten „Adenauer-Fernsehen“:
Rundfunk ist Ländersache

Deutschlandfunk und Deutsche Welle (DW) werden eigenständige Anstalten

1962

1963

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) geht auf Sendung

1964

Der Deutsche Volkshochschulverband vergibt in Marl zum ersten Mal den Adolf-Grimme-Preis

Aus der Not geboren

Von der Ultrakurzwelle zum digitalen Radio

Die Einführung der Ultrakurzwelle in den 50er Jahren in Deutschland war eine Erfolgsgeschichte. Die neue Technologie setzte sich in nur zehn Jahren durch. Mit dem digitalen Radio hingegen tun sich die Deutschen seit 20 Jahren schwer.

„Was bedeutet die ultrakurze Welle?“, fragte der neue Informationsdienst epd/Kirche und Rundfunk in seiner ersten Ausgabe, die am 21. Januar 1949 erschien. In einer kurzen, nur zehn Zeilen umfassenden Nachricht wurde erklärt, dass demnächst in Hamburg ein Ultrakurzwellensender den Versuchsbetrieb eröffnen werde. Deutschland, so heißt es in der Meldung, werde, „da seine ihm in Kopenhagen zugeteilten Wellen nicht ausreichen, bestrebt sein müssen, in den Bereich der freien Frequenzen auszuweichen“.

Das Stichwort Kopenhagen bestimmt ebenso wie die „UKW-Frage“ in den ersten Jahren die Berichterstattung von epd/Kirche und Rundfunk. In der Ausgabe 5 vom 14. März 1949 ist die Rede von der „Revolution im Äther“ und der „deutschen Rundfunkkrise“. Bei der Wellenkonferenz in der dänischen Hauptstadt, an der das besetzte Deutschland

nicht teilnehmen durfte, wurde 1948 entschieden, dass das Land deutlich weniger Frequenzen erhalten sollte als zuvor. Jeder deutschen Besatzungszone wurden nur jeweils zwei Mittelwellenfrequenzen zugeteilt, eine Langwellenfrequenz wurde nicht an Deutschland vergeben. In den deutschen Medien wurde das als Konsequenz der Niederlage im Zweiten Weltkrieg interpretiert, epd/Kirche und Rundfunk schrieb am 2. Januar 1951, für den deutschen Rundfunkhörer sei „Kopenhagen so etwas Ähnliches wie im Gebiet der allgemeinen Politik der Name Morgenthau“.

Der Wellenplan wurde also auf eine Stufe gestellt mit den 1944 bekanntgewordenen Plänen des damals in den USA amtierenden Finanzministers Henry Morgenthau, der geschrieben hatte, nach dem Krieg müsse die Industrie in Deutschland zerstört und das Land in ein Agrar-

land verwandelt werden. Der Morgenthau-Plan wurde in den USA schnell verworfen, kam den Nazis in den letzten Kriegsmonaten aber für ihre Propaganda gegen die Alliierten sehr gelegen.

Kurt Magnus, ab 1953 der Vorsitzende des Verwaltungsrats des Hessischen Rundfunks, schrieb noch 1955, der Kopenhagener Wellenplan atme „in seiner Auswirkung für Deutschland den Geist der Demonstage“.

„Verlustbilanz im Aether“

In der Tat kam es nach dem Inkrafttreten des Kopenhagener Wellenplans in der Nacht auf den 15. März 1950 in Deutschland zu einer erheblichen Umstellung. In epd/Kirche und Rundfunk war am 27. März von einer „deutschen Verlustbilanz im Aether“ die Rede: „Wer den Zeiger einmal durch den gesamten Wellenbereich hindurchdreht, wird zuerst summarisch feststellen, dass eine ausserordentliche Vermehrung der fremdsprachigen Sender im Aether über dem deutschen Raum zu verzeichnen ist.“

Der Südwestfunk (SWF) strahlt „Fünf Mann Menschen“ von Ernst Jandl und Friederike Mayröcker aus

1968

1970

1968

Die Redaktion zieht von Bethel nach Frankfurt am Main

Start der Reihe „Tatort“ in der ARD: „Taxi nach Leipzig“

Vor allem im süddeutschen Raum gab es Probleme, Stuttgart musste sich eine Frequenz mit Riga teilen, München mit Athen. „Ein wirklich sauberer Rundfunkempfang“ sei in Süddeutschland „teilweise unmöglich geworden“, hielt epd/Kirche und Rundfunk fest.

Doch die Not machte erfinderisch. Der erste UKW-Sender in Europa wurde am 28. Februar 1949 in München in Betrieb genommen. Bereits 1950 starteten die öffentlich-rechtlichen Anstalten die ersten Programme, die nur über UKW übertragen wurden. Die Zahl der UKW-Hörer sei noch „mikroskopisch klein“, schrieb epd/Kirche und Rundfunk im Mai 1950. Doch der Fachdienst hat die Möglichkeiten der neuen Technologie früh erkannt. Bereits im Juni 1951 zeigte er sich überzeugt, „dass die gesamte deutsche Rundfunkorganisation auch, ja sogar massgeblich unter dem Blickwinkel der UKW-Versorgung gesehen werden muss“.

„Ein Zauberschlüssel“

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 600.000 UKW-Empfänger in Betrieb. Die Idee des über UKW verbreiteten „Zweiten Programms“ habe schnell Boden gewonnen, stellte epd/Kirche und Rundfunk fest: „Dem NWDR, der im April und Mai 1950 mit seinen Zweiten Programmen Nord und

West begann, folgten im August der Bayerische, im Oktober der Hessische und im November der Süddeutsche Rundfunk.“ 1951 wurden bereits fünf Zweite Programme ausgestrahlt.

Weitsichtig schrieb der Informationsdienst damals: „Die Notlage des Kopenhagener Wellenwirrwarrs hat den deutschen Rundfunkleuten einen Zauberschlüssel in die Hand gegeben.“ In dem Bericht wurde bereits die neue föderale Rundfunklandschaft skizziert: „Die Ultrakurzwellen ist in Wahrheit nicht nur der Weg zum zufriedenen Rundfunkhörer, sondern auch zu einem legitimen Länder- und Landschaftsrundfunk.“ Sogar „für eine private Rundfunkinitiative“ sah epd/Kirche und Rundfunk den Weg offen.

„Der deutsche Vorsprung“

Die jungen öffentlich-rechtlichen Sender rührten in den 50ern kräftig die Werbetrommel für die neue Technologie. Im Sendegebiet des Hessischen Rundfunks warb der „UK Willi“, ein freundlich wirkender unteretzter Herr mit Hut, dessen Brille und Statur an Heinz Erhardt erinnerten, für die neuen Empfangsmöglichkeiten.

Bereits 1960 vermeldete dieser Fachdienst den „Siegeszug“ der

neuen Technologie. Bald nach der Einführung in Deutschland seien andere europäische Länder gefolgt, „wenn sie auch den deutschen Vorsprung nie eingeholt haben“.

Ganz anders war die Situation in den 90er Jahren, als in Deutschland der Aufbau des Digitalradiostandards DAB (Digital Audio Broadcasting) in Angriff genommen wurde. Für den Umstieg auf das Digitalradio sprachen ähnliche Argumente wie einst für die Einführung der Ultrakurzwellen: Die Technologie ist auf lange Sicht für die Sender kostengünstiger und auch energieeffizienter. Der Empfang ist stabiler und die Klangqualität besser. Und die Digitalisierung ermöglicht mehr Vielfalt im Radiomarkt. Die zusätzlichen digitalen Kapazitäten können von neuen Anbietern genutzt werden.

Doch die ersten DAB-fähigen Geräte waren unverhältnismäßig teuer. Alle Jahre wieder wurde vor der Funkausstellung verkündet, diese Messe werde nun endlich den Durchbruch für DAB bringen, doch bis Anfang 2002 waren bundesweit gerade mal 15.000 DAB-Empfangsgeräte verkauft worden. 2003 erwog die ARD sogar den Ausstieg aus dem Digitalradio, nachdem der Senderverbund und das Deutschlandradio in den zehn Jahren davor an die 200 Millionen Euro in die neue Technologie

Chronik

1973

ARD, ZDF und Deutschlandfunk gründen die GEZ, die drei Jahre später den Gebühreneinzug von der Bundespost übernimmt

1975

Der Südwestfunk startet die erste deutsche Popwelle: SWF3

Wiedervereinigung der Fachdienste in Kirche und Rundfunk

1974

investiert hatten. Die Wellen, die die öffentlich-rechtlichen Sender zur Erprobung des digitalen Radios neu geschaffen hatten, wurden sehr zum Unmut der privaten Konkurrenz nach und nach über UKW verbreitet.

Erst 2011 kam wieder Bewegung in die Radiolandschaft, als man sich entschied, auf den neuen Digitalstandard DABplus umzustellen. Seither gibt es endlich auch mehr Digitalradios in den Elektronikläden zu kaufen, 2017 waren immerhin 17 Prozent der Haushalte mit einem digitalen Radiogerät ausgestattet. Doch hatte man zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch geplant, die Ultrakurzwellen-Übertragung in Deutschland bereits 2015 zu beenden, scheint inzwischen auch das neu angepeilte Abschaltdatum 2025 nicht mehr realistisch.

„Murks und Unvermögen“

Der Medienjournalist Jürgen Bischoff bilanzierte 2016 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Die Geschichte des Digitalradios in Deutschland ist keine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen, sondern eine von Murks und Unvermögen, ein an sich sinnvolles System in den Markt zu bringen.“

Während Deutschland bei der Einführung von UKW in Europa in den

50ern aus einer Mangelsituation heraus eine Vorreiterrolle einnahm, hinkt es 60 Jahre später bei der Umstellung auf die digitale Radioverbreitung hinterher. In der Schweiz entfällt bereits ein Drittel der Radionutzung auf DABplus, die neue Technologie wird dort fast genauso stark genutzt wie UKW. In Großbritannien hört bereits mehr als die Hälfte der Briten Radio über digitale Verbreitungswege. In Norwegen wurde die UKW-Verbreitung im Jahr 2017 eingestellt. Die Schweizer wollen spätestens 2024 so weit sein.

Die neue Vielfalt bereitet paradoxerweise den Privatsendern die meisten Sorgen: Sie haben sich die Märkte aufgeteilt und sehen ihr funktionierendes Geschäftsmodell durch neue Anbieter gefährdet. Der Privatsenderverband Vaunet gehört daher seit fast zwei Jahrzehnten zu den größten Bremsern bei der Einführung der neuen Technologie und konzentriert seine Kräfte darauf, die „Zwangsdigitalisierung“ zu verhindern.

Vielleicht würde es helfen, den Blick noch einmal zurückzurichten auf die Anfänge von UKW. Auch damals gab es viele Widerstände. Auch damals warnte die Rundfunkindustrie vor den hohen Kosten des Experiments. Es war maßgeblich der technische Direktor des NWDR, Werner Nestel, der den Ausbau der neuen

Technologie fast im Alleingang vorantrieb.

Natürlich veränderte sich die Rundfunklandschaft mit der neuen Technologie grundlegend: „Die deutschen Hörer wußten bald in Hamburg nicht mehr, was die Sender in Berlin oder Stuttgart ausstrahlten“, schrieb epd/Kirche und Rundfunk 1960.

UKW war damals der Schlüssel zur föderalen Gestaltung des Rundfunks in Deutschland. Inzwischen ist es – auch dank des Internets – wieder möglich, in Bayern den NDR zu hören und in Hamburg den Saarländischen Rundfunk. Ganz abgesehen von den Tausenden Rundfunksendern aus aller Welt, die zusätzlich empfangen werden können. Die Konkurrenz ist also längst da. Umso wichtiger wird es für die Radiosender in Zukunft sein, sich auf das zu besinnen, was sie unverwechselbar macht. „Die besten Hits von heute“ ist dann wohl nicht mehr das richtige Rezept.

Diemut Roether



Verantwortliche
Redakteurin von
epd medien

1978

Schleswig-Holstein kündigt den Staatsvertrag über die Dreiländeranstalt NDR

1979

Dritte Programme zeigen die US-Serie „Holocaust“

1978

Friedrich Wilhelm Hymmen geht in den Ruhestand. Hendrik Schmidt wird neuer leitender Redakteur

Aufregende Zeit

Erinnerungen an Neuvermessungen der Medienlandschaften

Ein kleines persönliches Bekenntnis vorweg: Die mit der Wiedervereinigung verbundenen Ereignisse und Umwälzungen in der deutschen Medienlandschaft, die sich überschlagenden Entwicklungen, die begleitenden, so tiefgreifenden Kontroversen und Veränderungen prägten zweifellos die aufregendste und produktivste Zeit meiner insgesamt 27 epd-Jahre. In den Monaten, die dem Mauerfall folgten, arbeitete das kleine epd-medien-Team gleichsam fieberhaft, mit hoher Intensität. Denn nie zuvor hatte die Redaktion einen vergleichbaren Eindruck gehabt, durch journalistische Arbeit tatsächlich und relativ unmittelbar etwas bewirken zu können.

Die Chance schien einmalig: eine als große Zukunftshoffnung begriffene Situation mitzugestalten, und zwar über die glaubwürdige, wahrhaftige Vermittlung aller beteiligten und wichtigen Stimmen. In der Grundannahme und Hoffnung, jetzt sei noch einmal alles offen – auch für die produktive Weiterentwicklung der an vielen Stellen doch verkrusteten Strukturen der Bundesrepublik, Medien inklusive.

Sicher, die Transformation der Rundfunklandschaft Anfang der 80er Jahre in ein duales System war ebenfalls ein aufregender, auch aufreibender Prozess – was im zweiten Teil dieser Erinnerungen noch eine Rolle spielen wird. Doch die Neuvermessung und die damit verbundene potenzielle Neugestaltung der auf einmal gesamtdeutsch zu verstehenden Medienlandschaft übertraf die damaligen Debatten zur Einführung des Privatfunks noch um einige Grade, nicht zuletzt emotional.

Die mit dem Mauerfall beginnende, sich in einem schmalen Zeitfenster vollziehende Umwälzung aller scheinbar so festgefahrenen Kraftlinien konnte beispielsweise dazu führen, dass der mit den üblichen westlichen Standards vertraute Journalist auf einmal im März 1990 im Geschäftszimmer des neu eingerichteten Medienkontrollrats stand und sich einem langbärtigen Mann (typisch für DDR-Intellektuelle) namens Andreas Graf gegenüber sah. Der, eigentlich Anarchismusforscher, war über die Einrichtung des runden Tisches in diese Spitzenfunktion beim Medienkontrollrat

gekommen, einer improvisierten Institution, die für eine demokratische Neuausrichtung der DDR-Medien sorgen sollte.

Auch die äußeren Umstände dieser Medienwende sind unvergesslich. Der Medienkontrollrat beispielsweise war im Informationsministerium der DDR untergebracht. Dieses Haus im Herzen Berlins diente vor der DDR-Diktatur dem Chefpropagandisten des Hitlerreichs als Dienstsitz: Joseph Goebbels.

Selbst hartgesottene westliche Journalisten gerieten bei solchen geschichtsgesättigten Situationen in Gefühlsturbulenzen. So wie sie ungläubig staunten, als sie lernen mussten, dass in diesen Zentralen der östlichen Machteinrichtungen Telefone ebenso selten waren wie Faxgeräte, dass also alle Informationslogistik über beschwerliche und zeitraubende Wege lief. Diese Wege konnten in harter Realität abenteuerlich sein: Der Autor wendete zum einzigen Mal in seinem Leben auf einer Autobahn, weil der Weg nach Potsdam nicht auf Anhieb zu finden war.

Chronik

1980

Der Videotext von ARD und ZDF nimmt nach Verhandlungen mit den Verlegern den Testbetrieb auf

1981

Das ZDF zeigt zum ersten Mal „Wetten, dass..?“

1985

Uwe Kammann übernimmt die Redaktionsleitung von Hendrik Schmidt

1984

Start des Privatfernsehens: RTL plus und Sat.1 gehen auf Sendung

Dort residierte Friedrich-Wilhelm von Sell, früher Intendant des großen Westdeutschen Rundfunks, gleichsam als Aufbauhelfer aus dem Westen, und zwar als Gründungsintendant des vergleichsweise winzigen Ostdeutschen Rundfunks. In der Babelsberger Baracke (viel mehr stellte das als Nukleus des Aufbaus dienende Gebäude nicht dar) musste Sells Assistent ein Feldtelefon ankurbeln, um seine Brückenköpfe in Köln und Düsseldorf zu erreichen.

Improvisation war damals überall. Aber es war zunehmend auch überall Wichtiges zu spüren: vor allem das beflügelnde Gefühl des äußersten Engagements, des Aufbruchs – eines Aufbruchs, der positiv gesehen wurde, trotz aller Unsicherheiten.

Aber, auch das gehört zur Wahrheit, dies war vor allem ein westlicher Blick. Denn auf der östlichen Seite gab es große Befürchtungen, nicht zuletzt existenzielle Angst vieler Mitarbeiter der dortigen Staatsmedien, natürlich auch ideologische Abwehr gegen alle Modelle, die auf einmal kursierten. Und, ebenso selbstverständlich, politischen Widerstand, speziell bei nicht wenigen DDR-Intellektuellen, welche auch hier einen sogenannten Dritten Weg suchten

und wollten, um nicht einfach einem schlichten Systemwechsel von Ost nach West unterworfen zu werden.

Was hieß: Es entbrannte sofort ein heißer Kampf darum, wie ein neues Rundfunksystem aussehen könnte und wie sich die jeden Tag neu entwickelten journalistischen Freiheiten (von den Ostredakteuren und

„ *Selbst hartgesottene Journalisten gerieten bei solchen geschichtsgesättigten Situationen in Turbulenzen.*

-journalisten durchaus genossen und genutzt) in eine Struktur überführen ließen, die Bestand nicht nur versprach, sondern auch erwarten ließ.

Völlig klar war aber auch, dass es großes Misstrauen gab, vor allem in der neuen politischen Klasse, die sich in verschiedenen Gruppierungen formierte. Die größten Belastungen der Ostmitarbeiter lagen allerdings auf der Hand: nämlich der Zentralismus des DDR-Rundfunks, dessen Geschichte und enge Anbindung an die staatlichen Organe. Diese Erfahrungswerte konnte auch ein Mann vom Format des letzten

Generalintendanten des Deutschen Fernsehfunks (zu diesem Traditionsnamen wendete man die alten Bezeichnungen) nicht außer Kraft setzen.

Es war in der Tat bewundernswert, mit welcher Energie Hans Bentzien in der teils anarchisch offenen Übergangszeit für einen eigenständigen Rundfunkweg auf dem Gebiet der noch bestehenden DDR focht, für ein öffentlich-rechtliches System neben ARD und ZDF. Sein Werdegang – zu dem das Kultusministerium und die Leitung des Verlags Junge Welt gehörten – prädestinierte ihn dazu, DDR-Lebensgefühl zu transportieren und zu transponieren. Ein Interview mit ihm auf einer Tagung in Tutzing, die damals Lage und Perspektiven erörtern sollte, ist mir nachdrücklich im Gedächtnis geblieben, ebenso wie ein späteres für die ZDF-Reihe „Zeugen des Jahrhunderts“ in seinem sehr bescheidenen Haus im Brandenburgischen: Da lag der Kampf schon hinter ihm.

Kurios war dann das Interview mit Bentziens designiertem Nachfolger Gero Hammer, Intendant des Potsdamer Hans-Otto-Theaters. Kaum hatten wir das Gespräch mit Hammers großen Plänen veröffentlicht, kam heraus, dass er für die Stasi

1986

Im „Niedersachsen-Urteil“ legt das Verfassungsgericht Spielregeln für die duale Rundfunkordnung fest

1987

Im ersten Rundfunkstaatsvertrag regeln die Länder das neue Rundfunksystem

1985

Im Ersten läuft zum ersten Mal die „Lindenstraße“

als Inoffizieller Mitarbeiter gespitzelt hatte – damit war seine neue Karriere in kürzester Zeit beendet.

Stolz waren wir schon, dass wir alle wichtigen Macher und Verantwortlichen – wie Hans Bentzien, wie Medienminister Gottfried Müller, wie Medienstaatssekretär Manfred Becker, dazu natürlich auch alle wesentlichen westlichen Medienpolitiker und -praktiker – ausführlich interviewt haben, um Pläne und Perspektiven kennenzulernen. Dies war auch Zeichen und Beleg für Vertrauen: epd medien, damals hieß es noch epd/Kirche und Runfunk, galt auch bei den Ostvertretern als gut informierte, bestens vernetzte und verlässliche Vermittlungsinstanz in diesem komplexen Prozess.

Aber ganz unabhängig von allen Wendungen und Wendeschleifen: Schnell wurde klar, dass eine andere politische Grundierung schon weit vor der dann immer stärker geforderten und sich schließlich in weniger als einem Jahr auch formal vollziehenden Wiedervereinigung stärker war: nämlich der Wille, wieder auf regionale und föderale Strukturen zu setzen – so, als ob auch auf dem Gebiet der DDR die Länder in alter Form nie aufgehört hätten zu existieren.

So entstand letztlich, eingebettet in die Großform des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, ein Rundfunksystem, das nichts anderes war als ein Spiegelbild und eine Fortsetzung der westdeutschen

„*Letztlich siegten die Normen und Formen der Bundesrepublik mit ihrer föderalen Ausrichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.*“

Nachkriegsentwicklung. Was heißt: Das föderale Netz wurde einfach mit neuen Elementen und unter anderen Vorzeichen fortgestrickt. Viele haben bedauert, auch im Westen, dass damit der neu entdeckte und entfesselte Elan in den Redaktionen des DDR-Rundfunks vorschnell und viel zu eng kanalisiert wurde.

Dass Propagandakader im Zuge der schnell einsetzenden (berufs-)biografischen Überprüfungen vor die Tür gesetzt wurden, schien zwar akzeptabel und unvermeidlich. Allerdings zweifelten nicht wenige an den Methoden dieser Überprüfungen. Gerade bei diesem Prozess setzten viele Mitarbeiter auf epd/Kirche und Rundfunk, übermittelten

vertrauliche Papiere, beschrieben die internen Prozesse und Beratungen der Vertretungen. Die journalistische Verwertung war für die Redaktion naturgemäß riskant. Weil viele verschiedene Interessen im Spiel waren, mit nicht leicht abzuschätzenden Quellen und Motiven.

Zentrales Beispiel für die komplexe Interessenlage war Rudolf Mühlfenzl, ein früherer strikt konservativer West-Hierarch sowohl im öffentlich-rechtlichen als auch im privaten Rundfunk. Er wurde von Kanzler Helmut Kohl persönlich als Rundfunkbeauftragter mit der Mission betraut, den DDR-Rundfunk abzuwickeln, wie es damals hieß. Alle drei staatlich kontrollierten, in Berlin gesteuerten und agierenden Radio- und Fernsehprogramme der DDR firmierten inzwischen unter dem neutralen Passepartout-Begriff „Einrichtung“. Es ging dabei um einen Apparat mit mehr als 14000 Mitarbeitern, vom Generalintendanten über Programmdirektoren und Redakteure bis hin zu den fest angestellten Kindergärtnerinnen und Köchinnen.

All diese im künstlichen Neugebilde „Einrichtung“ beschäftigten Menschen und ihre Schicksale hingen jetzt vom Rundfunkbeauftragten

Chronik



Mühlfenzl ab. Damit wurde er vielen ein verhasster Mann. Aber auch in den westlichen Medien, welche diesen Ende 1991 abgeschlossenen Prozess der Liquidierung des alten DDR-Rundfunks bis zur Etablierung der neuen, dann zum ARD-Verbund gehörenden Länderanstalten Mitteldeutscher Rundfunk und Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg (Mecklenburg-Vorpommern schloss sich dem NDR an) begleiteten, wurde der Rundfunkbeauftragte kritisiert. Er wurde, so lässt sich verkürzt sagen, mehrheitlich als eiskalter Vollstrecker gesehen, als medialer Totengräber eines Osterfahrungs aufnehmenden und auf eigenen Modellen bestehenden neuen Rundfunksystems. Nicht zuletzt viele Bürgerrechtler, welche auch eine reformierte DDR im Sinn hatten, trieb dieses Modell um.

Doch letztlich siegten die Normen und Formen der Bundesrepublik mit ihrer föderalen Ausrichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die vielen Foren, Werkstattgespräche und Symposien, in denen gleich in den ersten Monaten des Jahres 1990 zahlreiche Gruppierungen, Lobbyisten und Politiker aller Couleur ihre Perspektiven absteckten und Interessen durchsetzen wollten, lieferten zwar Blaupausen; doch durchgesetzt haben sich, verein-

facht gesagt, das Kanzleramt und die westlichen Staatskanzleien mit der Urform des Bestehenden. Manche Bemühungen zu einer offeneren Standortbestimmung bleiben allerdings unvergesslich. So eine Tagung, welche die ARD-Sprecherin Verena Metze-Mangold im Reichstag organisiert hatte, mit wichtigen Vertretern der DDR-Regierung und der Bürgerrechtler auf dem Podium.

„ *Es entbrannte sofort ein heißer Kampf darum, wie ein neues Rundfunksystem aussehen könnte.*

Letztlich, nach jetzt bald 30 Jahren, hat sich gezeigt: Das föderale System mit seiner Offenheit war gerade auch damals als Glücksfall zu sehen, weil es Vernetzung und Verknüpfung ebenso erlaubte wie ausgeprägte Eigenständigkeit der einzelnen Großformen und der jeweiligen Einrichtungen. Das gilt auch für die zweite Säule des dualen Rundfunksystems, den privatwirtschaftlich betriebenen Rundfunk, dessen Ordnungsrahmen und -linien die Länder und die Landesmedienanstalten ziehen, welche als Aufsichtsbehörden fungieren.

Dass diese Konstellation und Konstruktion heute genauso selbstverständlich ist wie das inzwischen immer stärker erweiterte und ausdifferenzierte, aber im Grundprinzip unveränderte öffentlich-rechtliche System, war Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre in dieser Form nicht zu erwarten. Denn privater Rundfunk war damals noch heiß umstritten, jedenfalls hier, in Deutschland, aber auch in den meisten anderen europäischen Staaten, die in der Nachkriegszeit – wenn auch in verschiedenen Ausprägungen – einen öffentlichen Rundfunk als Grundmodell der audiovisuellen medialen Kommunikation etabliert hatten.

Die britische BBC galt dabei als leuchtendes Vorbild für diese Form eines gemeinwohlorientierten Rundfunks, die USA hingegen mit ihren privaten, auf Gewinn angelegten Broadcastern als abschreckendes Beispiel: für kommunikative Verluste der Gesellschaft, die doch mit einem *public service* im Innersten zusammengehalten werden sollte, idealiter über ein permanentes, in größtmöglicher Vielfalt der Sendungen organisiertes Gespräch mit sich selbst.

Dass dieses Modell mit Abstand am besten geeignet war, um das Ziel von öffentlich kontrollierter Kommu-

1994

Der „Spiegel“ geht mit „Spiegel Online“ als erstes Nachrichtenmagazin ins Internet

Gebührenurteil des Bundesverfassungsgerichts betont die Staatsfreiheit der Rundfunkfinanzierung

1997

Start von Phoenix und Kinderkanal (KiKA)

1997

Aus epd/Kirche und Rundfunk wird epd medien

nikationsgerechtigkeit zu verfolgen, und dass dies auch in Balance zu den privat organisierten Printmedien geschehen sollte, diese Überzeugung gehörte auch lange zum redaktionellen Credo von epd/Kirche und Rundfunk. Mithin: Wenn über private Rundfunkformen geschrieben wurde – vor allem im Beschreiben der Programmformen, in der Analyse, in der Kommentierung der Gesamtleistung –, dann fielen die Ergebnisse meist sehr kritisch aus, nicht zuletzt bei Gastautoren aus dem Geist der kritischen Gesellschaftstheorie. Oft hieß es fundamental „Kommerzfunk“ – diese Etikettierung sollte sofort den schnöden Daseinszweck charakterisieren.

Norbert Schneider, der ehemalige Direktor des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik, mahnte immer mit der Kurzformel: „Wenn der Markt Programmdirektor wird...“, sprich: Wenn Budweiser oder Procter & Gamble die Inhalte bestimmen...

Sicher, es gab eine gewisse Sympathie für Piratensender, die das Rundfunkmonopol auf manchmal abenteuerliche Weise umgingen. Dabei spielte dann auch das David/Goliath-Verhältnis eine Rolle, weiter der Versuch, sich „von unten“ – wie beim

Radio Freies Wendland – gegen das wohlgeordnete Establishment zu wenden.

Präsentor allerdings war ein bald sprichwörtliches Schreckbild: die von Silvio Berlusconi gegründete Mediaset-Gruppe, die seit 1978 mit Regionalstationen ganz Italien mit privaten Fernsehprogrammen bestrahlte, trotz gesetzlichen

„Damit entfesselte sich eine Auseinandersetzung, die viel stärker als die üblichen Debatten von unerbittlicher Schärfe geprägt war.“

Grundverbots für ein nationales Programm. Ein Trick hebelte es aus: Die eigenständigen Stationen spielten gleichzeitig die per Videokassetten zugelieferten TV-Formate – einschlägige Unterhaltung ganz nach dem Massengeschmack.

Das beobachteten wir natürlich genau, in zur Gewissheit werdender Ahnung, dass dies eine gehörige Sprengkraft für das bisherige System barg. Nicht umsonst schwärmten die Initiatoren der Privatkonkurrenz beim Start ihrer Programme

von einem „Urknall“, und der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht verglich das künftige System mit der Wirkung von Atomkraft, sah eine „Sache, fast so groß wie Gorleben“ heraufziehen.

Tatsächlich war es – wie immer in der Mediengeschichte – eine neue Technikoption, welche die alte Monopolwelt aus den Angeln hebeln sollte: die Übertragung von TV und Radio per Satellit, mit der alles umstürzenden Möglichkeit, Sendungen direkt und grenzüberschreitend zu empfangen.

Diese Perspektiven setzten ein Karussell in Gang, das Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre immer schneller rotierte und die Redaktion in Atem hielt. Was früher schon theoretisch möglich schien, rechtlich aber noch in einer Grauzone schlummerte – nämlich dem mit Frequenzmangel und hohem finanziellem Programmaufwand begründeten Sonderstatus des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch Privatfunk an die Seite zu stellen –, wurde dank technischer Neuerungen als Grundsatz aufgeweicht. Denn eine weitere Möglichkeit bot sich an, um den begrenzten Platz für Programme zu erweitern: das Kabel. In der Koppelung dieser neuen Verbreitungswege wiederum

Chronik

2000

RTL II startet die erste Staffel von „Big Brother“

SWF und Süddeutscher Rundfunk (SDR) vereinigen sich zum SWR

1998

Die Kirch-Gruppe meldet Insolvenz an

2002

witterten all jene Morgenluft, die im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ohnehin nur ein Propagandainstrument des linken Politspektrums sahen, Schlagwort: „Rotfunk“.

Schlacht um Modelle

Damit entfesselte sich eine Auseinandersetzung, die viel stärker als die üblichen Sachdebatten – von der Gebührenfestsetzung über die Koordinierungspflichten von ARD und ZDF bis hin zur Gremienzusammensetzung oder zur Personal- und Programmpolitik – von unerbittlicher Schärfe geprägt war. Das Ganze glich einer veritablen Schlacht um Modelle und Deutungshoheit. So prägte Helmut Kohl bei einer CDU-Tagung in Mainz den Schlachtruf von der notwendigen „Entautorisierung“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Sein Postminister Christian Schwarz-Schilling wurde wichtigster und erfolgreichster Medienpolitiker, indem er die Verkabelung der Republik vorantrieb – was Helmut Schmidt als Kanzler noch hatte verhindern wollen.

Bei den eigentlich für die Medienpolitik zuständigen Ländern gab es eine klare Frontlinie zwischen den A-Ländern (SPD-regiert) und den B-Ländern (unionsregiert): die einen gegen Privat-(Kommerz-)funk, die anderen dafür, mit der schlichten Formel

Vielzahl = Vielfalt. Natürlich drängten auch die potenziellen Profiteure auf weitgehende Liberalisierung, so die Zeitungsverleger, so große Konzerne, so ausländische Gruppen.

Unzählige Konferenzen, Werkstätten, Foren, Symposien, Akademietaugungen befeuerten die Debatte, die Redaktion kam kaum nach. Immer wieder gab es aufregende Wendungen. So bei einer SPD-Tagung in Düsseldorf, die plötzlich eine Trias hervorbrachte: Die Spitzen von WDR und WAZ sowie Alexander Kluge (gewitzter Lobbyist eines kulturimprägnierten dritten Wegs) verabredeten ein Mischmodell für ein duales System, das schließlich das Tor für eine Zustimmung zum Privatfunk und damit für eine Lizenzierung in NRW öffnete.

Klaus von Dohnany, damals führender SPD-Medienpolitiker, gab die Parole aus, man dürfe nicht nur Zuschauer in der Manege bleiben, sondern müsse den Tiger (gemeint war der Privatfunk) reiten. Mit dem Dritten Rundfunkurteil öffnete das Bundesverfassungsgericht 1981 die Tür, deren genaue Durchgangsordnung es dann fünf Jahre später mit einem zentralen Grundsatz befestigte, wonach Voraussetzung für privaten Rundfunk eine Grundversorgung durch die Öffentlich-Rechtlichen sei.

Die damit verbundenen medienpolitischen Ziele haben sich nicht verändert: die Garantie von Meinungsvielfalt und die Verhinderung vorherrschender Meinungsmacht. Wer die Wege beteiligter Hauptakteure kennt, von Bertelsmann und Springer über Kirch bis zur Telekom, der weiß, dass vieles in diesem Transformationsprozess einer Springprozeession gleicht. Immer auf einem offenen Weg, immer heftig und leidenschaftlich umkämpft. Unvergessen auch, wie RTL-TV-Pionier Helmut Thoma viele Podien mit sarkastischem Witz eroberte.

Diese Phase journalistisch zu begleiten, war zweifellos ein Höhepunkt der Arbeit. Die Mahnung einer Gewerkschaftsausstellung in Ludwigshafen – einer der vier Städte mit Pilotprojekten für Kabelfernsehen – steht dem Autor heute noch vor Augen: „Nicht vom Nabel gleich ans Kabel“. Von PC, Smartphone und Tablet ahnte damals noch keiner was. Aber die Medienezukunft hatte zweifellos begonnen.

Uwe Kammann



Der Autor war von 1985 bis 2005 Redaktionsleiter von epd Kirche und Rundfunk, ab 1997 epd medien.

2003

ORB und SFB schließen sich zum Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) zusammen

Volker Lilienthal wird verantwortlicher Redakteur

2005

Veröffentlichung der Recherchen zu Schleicherwerbung in „Marienhof“

RTL sendet zum ersten Mal „Ich bin ein Star – Holt mich hier raus!“

2004

Kritische Zugewandtheit

Die Fernsehkritik in epd medien

Alles beginnt, wie es beginnen muss: Mit der Sorge um die Zukunft des Fernsehens und seine Qualität. Bereits in der ersten Ausgabe des neuen Informationsdienstes epd/Kirche und Fernsehen, die am 3. Januar 1955 erschien, wird die Lage des Fernsehens als „im Augenblick recht undurchsichtig“ beschrieben: „Sein Programm ist, seitdem sich sämtliche Rundfunkanstalten am Gemeinschaftsprogramm beteiligen, eher schlechter als besser geworden, und seine Zukunft ist dunkel.“ Weil das Fernsehen und seine Programmarbeit nach dem Dafürhalten des epd „wohl noch nie so gefährdet gewesen sind wie heute“, sei es notwendig, diese Programmarbeit und ihre weitere Entwicklung künftig genau zu verfolgen.

Wer sich mit dem Abstand zweier (Fernseh-)Generationen die frühen epd-Artikel zum Fernsehen anschaut, blickt in eine einerseits vertraute, andererseits fremde Welt. Kann es wirklich sein, dass das Fernsehen bereits drei Jahre nach der Aufnahme des Regelbetriebs schlechter geworden ist? Ist es andererseits nicht verblüffend, wie offen der Blick für das Sosein des Mediums noch war? Dass der Spaßmacher Peter Frankenfild und seine „nie erreichte Unterhaltungssendung“ in der Besprechung des Großen Ganzen des Fernsehens thematisiert werden - ist das nicht so, als würde man sich heute gleichberechtigt mit dem „Dschungelcamp“ und dem „Auslandsjournal“ befassen?

Wie sich also dieses Material für einen Text überschaubarer Länge handhabbar machen, wie die Flut von Sendungen und Informationen, Ausgaben und Haltungen zum Fernsehen kanalisieren? Der Plan, sich an dem

guten Dutzend Sendungen zu orientieren, die über das Jahrzehnt hinaus Fernsehgeschichte schrieben, erwies sich – so viel sei hier schon mal vorweggenommen – als Irrweg. Viele Ereignisse, die wir heute als Fernsehereignisse wahrnehmen, wurden im Fachdienst gar nicht thematisiert: Die Live-Übertragung der Mondlandung? Für den 21. Juli 1969 kündigt die Fernsehvorschau den ZDF-Bericht vom Evangelischen Kirchentag an. Auch eine Besprechung der Live-Übertragung vom Grubenunglück in Lengede fehlt aus heutiger Sicht. In der Frühphase des Mediums dominierte offenbar die Nachricht selbst so sehr die Wahrnehmung, dass zunächst noch niemand auf die Idee kam, das WIE der Nachrichtenübertragung zu thematisieren.

Zu Gast bei Schölermanns

So bleiben die originär vom Fernsehen hergestellten Ereignisse: Und da nimmt man zum Beispiel auf der Suche nach einem geschichtsträchtigen Stück Fernsehunterhaltung staunend zur Kenntnis, dass die legendäre Fernsehfamilie Schölermann des NWDR nach Meinung des Rezensenten 1955 ein gleichgewichtiges Pendant in München hatte, das ihn zu einer vergleichenden Kritik einlud. Was man heute weiß: „Vater Seidl und sein Sohn“ blieb eine vierteilige Episode, während „Die Familie Schölermann“ bis 1959 Jahr um Jahr auf dem Bildschirm ihre Alltagssorgen mit den Fernsehzuschauern teilte.

„Beide ‚Familien‘ leben nun seit geraumer Zeit. Aber man ist bei den Schölermanns lieber zu Gast“, urteilt

Chronik

ZDF-Verwaltungsrat verhindert eine dritte Amtszeit von Chefredakteur Nikolaus Brender

2009

2009

Diemut Roether wird verantwortliche Redakteurin

2013

Die geräteabhängige Rundfunkgebühr wird auf den haushaltbezogenen Rundfunkbeitrag umgestellt

2011

Zeitungsverlage reichen Klage gegen die „Tagesschau“-App ein

der epd-Kritiker 1955 (epd/Kirche und Fernsehen 3/55) und begründet mit Weitsicht, warum das eine – heute würde man sagen: Format – zukunftsfähig ist, das andere nicht. Die Münchner adaptierten die Stilmittel der Boulevardkomödie, hier geht es fast nie um ernstliche Probleme, die nicht mit einer versöhnlichen Umarmung aus der Welt zu schaffen wären. „Bei den Schölermanns hingegen nimmt man an wirklichen Sorgen teil, die vor allem in den Entwicklungsnotén heranwachsender Kinder liegen. Es sind Sorgen, die jede Familie kennt, und es werden keine billigen Lösungen gegeben, es bleibt vielmehr bei möglichen Antworten, die zum Nachdenken anregen.“ In einer weiteren Kritik im November 1955 wird dieser Aspekt als „erzieherischer Wert“ benannt.

Hier formuliert der namenlose Autor in seiner Kritik ein zentrales Qualitätskriterium für gute Fernsehunterhaltung: Nicht um ihrer selbst willen soll die Unterhaltung da sein, vielmehr soll das Publikum sich in der Familienserie widerspiegeln können und dazu angeregt werden, den eigenen Horizont zu erweitern.

Nur so lässt sich wohl erklären, warum auch der Schauspieler und selbsternannte „Fernsehkoch“ Clemens Wilmenrod auf eine so positive epd-Kritikerstimme traf. Heute weiß man, dass der „Bonvivant“ gar nicht kochen konnte, sondern sich von seiner Frau die nötigen Handgriffe vorspielen ließ. Das war offenbar 1955 noch nicht bekannt – oder nicht wichtig. Die epd-Kritik „Gute Hausmannskost“ beginnt jedenfalls mit der begeisterten Beschreibung, Wilmenrod habe seine bayerischen Leberknödel „lecker“ gekocht und, während die Knödel im Topf schmorten, auch noch nebenbei erklärt, wie die sogenannte bürgerliche Küche entstand.

Die Kritiken dieser Gründertage sind kurz und prägnant geschrieben, und sie schwanken noch häufig zwischen privater Begeisterung und professioneller Beurteilung

hin und her. Sie versuchen das Detail der Sendung und das große Ganze des Mediums gleichzeitig im Blick zu haben. Grundsätzlich ist noch jede Sendung einer Beschäftigung wert. So handelt die Rezension „Noch nicht alles ganz in Form“ von Programmankündigungen, denen nach Meinung des Kritikers vor allem im NDWR „im Allgemeinen der Schwung und die Würze“ fehlt: „Man wünscht sich diese Sendung viel spritziger, gelöster, humoriger. München (gemeint ist der BR) kommt dieser Form schon näher, es ‚flaxt‘ sich durch die Vorschau durch, während Stuttgart (gemeint ist der SDR) noch etwas steif ist.“

Aus Anlass einer aufgezeichneten Sendung wird 1957 unter der Überschrift „Jede Unwahrhaftigkeit rächt sich“ ein sorgsamer Umgang mit der televisionären Zeitenfolge angemahnt: „Der Fernsehzuschauer wird ja noch intensiver als beim Rundfunk im Glauben gehalten, mitanwesend zu sein. Es geht also nicht an, in einem beiläufig gesprochenen Nebensatz erst zum Schluss einer Sendung darauf hinzuweisen, dass es sich um eine Aufzeichnung gehandelt habe.“

Wer sich so regelmäßig und engagiert mit dem Fernsehprogramm beschäftigt wie der Fachdienst, muss dann doch gekränkt sein, wenn dies andernorts nicht gesehen wird. Im Dezember 1956 eröffnet epd / Kirche und Fernsehen Heft 26 mit der Überschrift „Für Herrn Luft ist die bisherige Fernsehkritik Luft!“ und lässt „Ein Wort an die Zuspätgekommenen“ folgen. Dem Artikel ist zu entnehmen, dass sich der Berliner Theaterkritiker mit einer namhaften Programmzeitschrift zusammengesetzt und mit den Worten „Jetzt tut Kritik not“ angekündigt hat, künftig regelmäßig Fernsehspiele zu rezensieren. Die Antwort des epd darauf ist scharf: „Luft weiß offenbar nicht – und das ist erstaunlich! –, daß es bereits vor zwanzig Jahren in Deutschland eine sehr sorgfältige Kritik des Fernsehen gegeben hat und dass seit der

2014

Das Bundesverfassungsgericht verpflichtet die Aufsichtsgremien der Sender zu mehr Staatsferne

Urteil des Bundesverfassungsgerichts:
Der Rundfunkbeitrag verstößt nicht gegen
das Grundgesetz

2018

2016

funk, das Jugendangebot
von ARD und ZDF,
wird gestartet

Recherche:
Dominik Speck

Wiederaufnahme des deutschen Fernsehens nach dem letzten Weltkrieg eine beachtliche Zahl sachkundiger Kritiker sich gerade mit der Problematik des Fernsehspiels systematisch beschäftigte.“

Abschließend muss sich der Kritiker Luft dann auch noch eine Kritik seiner Kritik gefallen lassen: „Was sollen die Praktiker des Fernsehens oder gar die Fernsehzuschauer, die Lufts Auslassungen lesen, mit solchen Pauschalurteilen anfangen wie etwa ‚die Darstellung war lahm, zeitlupig und ohne Überredung‘, ‚das Ganze war zu lang und zu sämig dargeboten‘, ‚Übergänge

wenn Chancen zur gegenseitigen Befruchtung ungenutzt bleiben. Unter der Überschrift „Unbegreiflicher Hochmut“ widmet sich der Dienst im Juli 1963 den Berliner Filmfestspielen und dem, was der Autor als deren „wichtigste Allüren“ bezeichnet: „Dem Fernsehen wird mit überlegenem Lächeln jede Fähigkeit, in Bereiche künstlerischen Wirkens vorzudringen, abgesprochen.“

Im April 1967 werden die Auffassungen von Gerhard Prager, ZDF Hauptabteilungsleiter Fernsehfilm (und ehemaliger Redaktionsleiter von epd Kirche und Rundfunk) und Hans Gottschalk, Produktionschef der Bavaria, gewissermaßen zerlegt. Prager hatte dem Kino mehr die Bildsprache zugeordnet, das Fernsehspiel sei demgegenüber mehr dem Wort verpflichtet. Gottschalk betonte mit dem Blick auf den kleinen Bildschirm die „Intimität“ des Mediums Fernsehen und rückte den Fernsehfilm in die Nähe des Hörspiels.

Noch konsequenter als ehemals bespricht epd/Kirche und Fernsehen die Erstsendungen der Fernsehspiele und erweckt mit dieser Schwerpunktsetzung zwangsläufig den Eindruck, die Produktionen aus den Fernsehfilmredaktionen seien der eigentliche Kern des Fernsehprogramms. Der naiv staunende Blick aus der Zuschauerperspektive, der die Anfangsjahre bestimmt hatte, weicht dem Anspruch, mit fachlicher Expertise in der Debatte ein gewichtiges Wort zu führen. Die Kritiken werden ausführlicher, die Texte länger.

Während das Publikum sich zunehmend dem „Unterhaltungsslalom“ hingibt, der mit dem Start des ZDF 1963 möglich geworden ist, schreibt epd Kirche und Fernsehen gewissermaßen gegen die Unterhaltung an. Die großen Shows werden kaum besprochen und zuweilen überhaupt erst wahrgenommen, wenn sich ihr Ende ankündigt. Auch die beim Fernsehpublikum sehr beliebte Reihe „Die Unverbesserlichen“ liegt letztlich quer zum Qualitätsverständnis des Rezensenten. Weit muss er 1967 ausholen, um Programm und Programmatik in eine Waage zu bringen: „Wenn Egon Monk, der ja mit seinem Fernsehspielprogramm im NDR ein in die Gesellschaft hineinwirkendes ‚Programm‘ präsentieren will, so schiefe liegende Sachen wie diese Stücke um die ‚Unverbesserlichen‘ oder etwa auch die Stücke von Horst Lommer in seinen Plan einbaut, so muß er sich etwas dabei denken und ihnen auch etwas zutrauen. Und Monk ist ein kluger Mann. Im Grunde ist das Rezept, das er hier anwendet, ganz einfach. Er will durch die Unterhaltung den hier betroffenen Zuschauer, den Kleinbürger also, zuerst einmal anwärmen. In diesem Zustand erteilt er dann seine Lehren...“

Interessanterweise finden die Dokumentarfilme von Roman Brodman und seinen Kollegen der „Stuttgarter Schule“ zunächst wenig Widerhall in epd Kirche und Fernsehen. Eine Besprechung von „Der Polizeistaatsbe-

„Dem Fernsehen wird mit überlegenem Lächeln jede Fähigkeit, in Bereiche künstlerischen Wirkens vorzudringen, abgesprochen.“

epd/Kirche und Fernsehen 27/63

hakten‘ oder ‚es knarrten zu oft die Scharniere, wenn die Gangart wechseln sollte‘? Mit derartig manierierten und feuilletonistisch überspitzten Formeln erweist man niemandem einen Dienst, am allerwenigsten der Sache selbst. Man sollte Friedrich Luft empfehlen, bevor er seine Funktion als Fernsehkritiker fortsetzt, die umfangreiche Fachliteratur der verschiedenen Zeitschriften und Informationsdienste, zumindest deren letzte fünf Jahrgänge, gründlich zu studieren.“

Die Frage, welcher Kunstform das Fernsehspiel verpflichtet ist – wegen der Liveeinspielung dem Theater oder wegen seiner filmischen Erzählweise dem Kino –, wurde in den Anfangsjahren auch in epd/Kirche und Fernsehen breit diskutiert. Wenn auch die Programmhinweise in der Vorschau zunächst so gemischt waren wie das Programm selbst, ist doch die Beschäftigung mit dem Genre Fernsehfilm von Beginn an mit besonderer Sorgfalt und in wahrnehmbarer Breite betrieben worden.

Umso ärgerlicher, dass das Fernsehen von den Kino-Leuten auch noch zu Beginn der 60er Jahre als Pantoffelkino abgetan wird. Längst ist die Frage der Form in vielen Redaktionen zugunsten des Spielfilms entschieden, Regisseure wie Peter Lilienthal oder Peter Beauvais legen Fernsehfilme vor, die in ihrer kinematographischen Machart keine Rücksicht mehr auf den kleinen Bildschirm und die „intime Sehsituation“ nehmen. Zu Recht regt sich epd Kirche und Fernsehen darüber auf,

such“, heute im Verständnis der Kritiker eine Bildikone des Jahres 1967, sucht man vergebens. Dafür wurde 1963 Dieter Ertels „Fernsehieber“ besprochen: „Mit herzerfrischender Unbefangenheit nahm das Fernsehen sich selbst unter die Lupe. (...) Fest steht, daß ein Viertel der Bevölkerung in der Bundesrepublik jeden Abend vor dem Fernsehschirm sitzt.“

Das Wertvolle herausfiltern

Sehbeteiligungen werden nun gelegentlich auch in den Kritiken vermeldet, um die Bedeutung einer Sendung zu benennen. In Sammelkritiken, zum Beispiel über „Homosexualität im Fernsehen“, versucht der Autor Josef Rölz 1972, dem Zeitgeist, dem Programm und der Moralbildung, die nun vom Fernsehen mitbestimmt wird, gerecht zu werden.

Die Kritiken werden in den 70er Jahren nun namentlich gezeichnet. Sie haben ihre Offenheit dem laufenden Fernsehprogramm gegenüber weitgehend eingebüßt. Vielmehr folgen sie einer Agenda, die sich eng an den Kinoformen (Spielfilm und Dokumentarfilm) orientiert und im immer unüberschaubareren Programmfluss das Wertvolle herausfiltern will. Die Fernsehkritik ist auch andernorts zu einem Berufstand erhoben worden, die

der Logik der Kulturkritik folgt und bestenfalls beweisen will, dass das Fernsehen so schlecht nicht ist.

Interessanterweise öffnet sich der Blick in den späten 80er und frühen 90er Jahren wieder, als das Privatfernsehen zu einer nennenswerten Größe in einem vom Dualen System bestimmten Fernsehmarkt herangewachsen ist. Das Geiseldrama von Gladbeck wird 1988 von Uwe Kammann ausführlich thematisiert und in den Kontext des neuen Wettbewerbs gestellt: „Eine politische Mehrheit hat gewollt, daß Zudringlichkeit, Exklusivität der ‚Story‘, Reporter-Aktionismus, Schamlosigkeit, (Schein) Information um jeden Preis, Ausbeutung des Menschlichen unterm Mantel des Human touch – kurz, all das, was wir früher gewöhnlich dem Boulevard-Journalismus nachsagten – immer gesellschaftsfähiger werden, in allen Medienformen. Öffentlichkeit hat eine neue Qualität gewonnen. Beileibe keine bessere.“

Um der Bilderflut von RTL und Sat.1 gerecht zu werden, hat die Sammelkritik eine Renaissance: „Langsam aber sexy entwickelt sich RTL plus zu einem Spartenkanal für Erotik (und was man dafür hält)“ schreibt Volker Lilienthal in seiner Besprechung des RTL-Silvesterprogramms aus dem Wendejahr 1989. Und eine Generalkritik von Tilmann Gangloff zu Barbara Eligmanns Boulevardsen-

Anzeige

Die knk Gruppe gratuliert epd Medien zum 70-jährigen Jubiläum.

Wir bedanken uns für die gute und
erfolgreiche Zusammenarbeit.



Inspiring Publishing Software



derung „Explosiv“ erscheint 1992 unter der Überschrift: „Geiler Abschied vom Journalismus“.

In den Jahresrückblicken tauchen nun wieder alle Genres auf – Bekenntnis zum Fernsehen niederer Klasse, inklusive. Im Januar 1995 schreibt Nico Fried: „Selbst Menschen, die viel fernsehen – so wie ich, weil ich ja muß –, haben sich im Laufe der Zeit Nischen geschaffen, in die sie sich zurückziehen um Glotze und Geist ein wenig abkühlen zu lassen.“

Was im Gedächtnis bleibt

In seinem 1996 in epd/Kirche und Rundfunk nachgedruckten Vortrag zitiert der Fernsehkritiker Klaus Kreimeier den Fußballreporter Marcel Reif: „Fernsehen ist, wenn Leute zuschauen.“ In seinem Text, der inhaltlich dem gleichnamigen Essay „Lob des Fernsehens“ (München 1995) folgt, analysiert der Autor mit kritischer Zugewandtheit die Lage des Fernsehens im Zenit seiner Bedeutung als Leitmedium. Die Themen unserer Tage – Digitalisierung, Verspartung, Segmentierung der Märkte – sind 1996 schon am Horizont erkennbar. Selbst in der Bedeutung des Internets verschätzt sich Kreimeier nicht, seine vor 20 Jahren gestellten Fragen werden heute noch diskutiert: „Das Fernsehen hat seit vierzig Jahren unsere Wahrnehmungsweisen geprägt – nun, im Zeichen der Digitalisierung, der Interaktivität und der ‚Datenautobahn‘ krempelt sich das Medium selbst um und mutiert zu einem neuen Technik-System, das ebenso viele Hoffnungen wie Ängste produziert. Wird nun, nach einem halben Jahrtausend Leonardos große Vision der Einheit von Wissenschaft, Kunst und Technik in Erfüllung gehen? Oder ist das Konzept des Internets, ist

der elektronische Bürger als Einwohner eines demokratischen ‚global village‘ nur ein Mythos, mit dem skrupellose Konzerne ihre Geschäfte machen? Was geschieht ‚online‘ mit dem dokumentarischen Abbild, mit unserer Fähigkeit zur ästhetischen Reflexion der Realität?“

In Zeiten des medialen Umbruchs hatten und haben die Kritiken des Evangelischen Pressedienstes eine hervorgehobene Bedeutung. Sie wollen benennen, beschreiben, beurteilen, was unsere Gesellschaft bewegt. Die Notwendigkeit dieser Arbeit in Bezug auf das neue Medium Fernsehen haben die Kirchen als erste erkannt. Aber auch „in der Strecke“ muss Arbeit geleistet werden. Was die Macher von epd medien für besprechenswert hielten, erklären wir heute zum Fernsehkanon. Was damals unter „ferner liefen“ abgehandelt wurde, bleibt vielleicht im Gedächtnis der Zuschauer haften, findet aber nur schwer Eingang in die Chroniken der Fernsehwissenschaft. Die Fernsehkritik muss der simplen Definition „Fernsehen ist, was die Leute sehen“ unbedingt wieder und weiter vorurteilsfrei folgen. Denn mit dem Bedeutungszuwachs der Streaming-Dienste und Mediatheken ist die Lage des Fernsehens schon wieder „im Augenblick recht undurchsichtig“.

Klaudia Wick



Die Autorin arbeitete zwei Jahrzehnte selbst als Fernsehkritikerin – auch für epd medien. Seit 2015 kuratiert sie die Sammlung Fernsehen der Deutschen Kinemathek – Museum für Film und Fernsehen.

Anzeige

Evangelischer
Medienverband
in Sachsen e.V.

Herzlichen Glückwunsch

Der Evangelische Medienverband in Sachsen versteht sich als Fachverband für kirchliche Öffentlichkeitsarbeit und möchte als solcher den Beitrag der Kirche zur gesellschaftlichen Entwicklung unterstützen und zur Vernetzung der verschiedenen Akteure beitragen. Dafür und als Herausgeber der Wochenzeitung »Der Sonntag«, des »FamilienSonntag« und des Regional-TV-Magazins »Evangelisch in Sachsen« sind wir an allen medienspezifischen Informationen interessiert. Wir danken epd medien für die verantwortungsvolle Arbeit und **gratulieren zum 70. Geburtstag**. Weiterhin gutes Gelingen und Gottes Segen für alle Vorhaben.

DER SONNTAG
Wochenzeitung für die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens

FAMILIEN
SONNTAG

Evangelisch in Sachsen
Das Kirchenmagazin im Regionalfernsehen

Unser Medienmenü

Föderale Medienpolitik und globale Herausforderungen

Medienpolitik ist stark pfadabhängig, die Gestalt, die die Medienordnung in Deutschland hat, würde so niemand erfinden, sie ist das Produkt kontinuierlicher Aushandlungsprozesse. Neue Ideen brauchen Zeit, bis sie ihren Niederschlag in diesen Strukturen finden. Man denke an die Überlegung, Regelungen zur Auffindbarkeit für Rundfunkprogramme aufzunehmen: Es vergingen kaum zehn Jahre, bis sie nun Eingang in einen Staatsvertragsentwurf gefunden haben. Diese Latenz muss allerdings kein Nachteil sein – technischen, ökonomischen oder programmlichen Entwicklungen hektisch hinterherzuregulieren, erscheint nicht immer als kluge Gesetzgebungsstrategie.

Auch wenn wohl jeder zustimmen würde, dass eine funktionierende öffentliche Kommunikation für das Gemeinwesen von entscheidender Bedeutung ist, kann man mit Medienpolitik keine Wahlen gewinnen, selbst mit falschen Entscheidungen Wahlen zu verlieren ist schwierig. Vor dem Hintergrund nimmt es nicht Wunder, dass Medienstrukturfragen zu einem Expertenthema geworden sind. Nur wenige Tageszeitungen verfolgen die Entwicklung, ohne epd medien gäbe es kaum einen Ort, sich über diese Fragen auszutauschen.

Aktuelle Trends lassen es aber sinnvoll erscheinen, gerade jetzt an der Diskussion teilzunehmen. Die Frage, ob sich die öffentliche Kommunikation so massiv verändert, dass es nicht mehr genügt, dass die Länder den ausgetretenen medienpolitischen Pfad Schritt für Schritt weitergehen, stellt sich angesichts der Bedeutung globaler Konzerne

für unsere Kommunikation mit Macht. Im Folgenden sollen daher schlaglichtartig einige Entwicklungen beleuchtet werden, die sich aus wissenschaftlicher Sicht als relevant erweisen, wenn wir medienpolitisch in die Zukunft blicken.

Viele Tagungen der letzten Jahre begannen mit den Worten „Wir leben alle in Echokammern und Filterblasen“. Das ist zwar falsch, verweist

„ *Ein Thinktank könnte helfen, eine mittelfristige koordinierte Planung von Bund und Ländern im Bereich der Informationsordnung zu etablieren.*

aber auf ein wichtiges Phänomen: Bestimmte Gruppen haben sich aus dem gesellschaftlichen Gespräch verabschiedet, ihre Medienutzungsmuster weichen signifikant von dem der anderen ab. Dies wird durch soziale Medien begünstigt, sie sind aber natürlich nicht die Ursache. Keiner würde sagen: „Radikalisieren ist durch Facebook so schön einfach geworden, dann werde ich jetzt mal Extremist.“ Dahinter stehen soziale Strukturveränderungen. Welche Rolle das Mediensystem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt spielt und welche Stellschrauben wir hier haben, wird zum zentralen medienpolitischen Thema.

Heterogene Entwicklungen machen eine generelle Einschätzung dazu schwieriger, wie sich die Nutzung entwickelt und welche Machtverschiebungen damit verbunden sind. Die durchschnittliche Fernsehnut-

zungszeit bleibt im Schnitt hoch, für einzelne Gruppen zeigen sich aber große Verschiebungen. Intermediäre wie soziale Medien und Suchmaschinen haben mittlerweile einen festen Platz im Medienmenü der Bürgerinnen und Bürger, aber wie sie ihre Meinung bilden, kann man nur im Zusammenspiel der für sie relevanten Quellen beurteilen, und dabei spielen für alle gesellschaftlichen Gruppen traditionelle Medien noch eine wichtige Rolle.

Es verbieten sich kurzschlüssige Wirkungsannahmen. Bloß weil eine (Falsch-)Information über einen Politiker in meinen Newsfeed auftaucht, werde ich nicht meine politische Haltung und schließlich mein Wahlverhalten ändern. Für mediale Inhalte wissen wir das, für neue Kommunikationsformen müssen wir es offenbar wieder lernen.

Als Hauptherausforderung für eine angemessene Regulierung erweist sich aber die Vielfalt der Funktionen, die Intermediäre in der Kommunikation erfüllen. Wenn ich mittels Internetsuche herausbekommen möchte, wie die Adresse eines Restaurants lautet, kann das Ergebnis richtig oder falsch sein, aber die Spielräume für die Ausübung von Meinungsmacht des Intermediärs sind überschaubar. Anders kann es sein, wenn ich versuche, mich über rentenpolitische Konzepte der Parteien zu informieren. Zudem bündeln Anbieter von Diensten ganz unterschiedliche Funktionen, man denke etwa an Facebook, das als Video-on-demand-Plattform fungiert, individuelle Kommunikation mit Freunden ermöglicht und Nachrichten in einem Newsfeed sortiert und selektiert.

Zu den technischen Entwicklungen gehört, dass sich immer mehr digitale Datenspuren angehäuft haben und die Rechnerkapazität sich so vergrößert hat, dass Anwendungen künstlicher Intelligenz möglich geworden sind, die bereits begonnen haben, viele Medienbereiche zu transformieren – bis hin zu Marketing und Formatentwicklung. Naturgemäß sind die großen Informationstechnologiekonzerne besser gerüstet als traditionelle Medien, daraus Wert zu schöpfen. Dabei geht es keineswegs immer – wie oft angenommen – um den Wert personenbezogener Daten und damit um Datenschutzprobleme. Es geht um das Wissen, das aus den Daten erzeugt werden kann.

Diese Veränderungen schlagen sich in den wirtschaftlichen Daten nieder. Wer sich wundert, warum Vertreter von Unternehmen, die immer noch hohe Margen mit Fernsehwer-

bung erwirtschaften, sorgenvoll in die Zukunft blicken, sollte auf die Werbeerlöse in den USA schauen: Dort haben 2016 die Einnahmen mit Fernsehwerbung ihren Höhepunkt erreicht, seitdem wachsen zwar die Einnahmen mit Werbung in audiovisuellen Inhalten weiter, aber traditionelle Fernsehanbieter profitieren davon kaum noch, Wachstum gibt es bei Youtube, Facebook und Amazon.

Der Ton wird schärfer

In der Medienpolitik reagieren einige auf die zunehmende Komplexität mit Vereinfachung, der Ton wird schärfer. Manchen Verlagen scheint jede Regulierung recht, solange sie nur den IT-Giganten aus den USA schadet, diese lehnen jede Regulierung ab, auch wenn sie vernünftig ist. Aus wissenschaftlicher Sicht gibt die Situationsbeschreibung Anknüpfungspunkte dafür, wie eine rationa-

le Reaktion aussehen könnte. Ausgangspunkt sollte die Frage sein, wo die Freiheit öffentlicher Kommunikation konkret gefährdet ist. Regulierung ist kein Selbstzweck – und darf es auch von der Verfassung her nicht sein.

An den Zielen der Medienregulierung hat sich nichts geändert, es geht darum, freie individuelle und öffentliche Meinungs- und Willensbildung zu ermöglichen. Die Entstehung vorherrschender Meinungsmacht muss verhindert werden, egal wer sie ausübt. Es ist trotz aller beschriebenen Umbrüche nicht erkennbar, dass wir hier in eine Situation hineinlaufen, die nicht mehr kontrollierbar ist. Die Verfügbarkeit von Angeboten für Information, Unterhaltung und Bildung ist höher als in den Anfängen der Entwicklung unserer Medienordnung. Allerdings wird die Umsetzung der Ziele schwieriger, da immer mehr Akteure in unterschiedlichen, auch

Anzeige

MASTERSTUDIENGANG MEDIENRECHT (LL.M.)

Fachanwalt Urheber- und Medienrecht (Start im Oktober)

Fachanwalt Informationstechnologierecht (Start im April)

- Weiterbildung für Juristen sowie Interessierte anderer Fachrichtungen
- Inhalte u. a.: Recht der elektronischen Medien, Urheberrecht, Wettbewerbsrecht, IT-Recht, Datenschutz
- Blockunterricht, berufsbegleitend möglich

Erwerb der theoretischen Kenntnisse für den Fachanwalt in einem Semester möglich

Information und Beratung:
Mainzer Medieninstitut e. V.
Telefon: 06131 14492-50
info@mainzer-medieninstitut.de
www.mainzer-medieninstitut.de



wechselnden Rollen an der Meinungsbildung mitwirken. Es ist kaum mehr möglich, an Vertypungen wie Presse, Fernsehen oder Plattformen anzuknüpfen. Jedenfalls mittelfristig wird man einen neuen Regulierungsansatz brauchen.

Wichtiger denn je

Nur ein Medium kann von der Gesellschaft selbst darauf programmiert werden, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu befördern: der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Seine Integrationsfunktion wurde in den letzten Jahren kaum mehr diskutiert, nun stellt sie sich wieder als zentral dar. Um sie erfüllen zu können, bedarf es einer Flexibilisierung der Beauftragung. Dass immer die Ministerpräsidenten entscheiden, ob und wie die Anstalten auf eine Veränderung der kommunikativen Bedürfnisse der Gesellschaft reagieren sollen, ist kein zukunftsfähiges Kon-

zept. Die Kopplung des Rundfunkbeitrags an einen Index, wie aktuell diskutiert, kann das System weiter stabilisieren.

Soweit aber die politische Überlegung im Raum steht, dadurch eine Debatte über den Rundfunk und seine Finanzierung zu vermeiden, ist Vorsicht geboten. Ohne Akzeptanz in der Bevölkerung wird sich das System nicht auf Dauer halten lassen. Der Schweizer öffentlich-rechtliche Rundfunk ist aus der Debatte um den Rundfunkbeitrag (und seine Berechtigung) jedenfalls im Grundsatz gestärkt hervorgegangen. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer hat die Überzeugung gewonnen, dass man ihn braucht. Partizipationskonzepte der Anstalten können ein Weg sein, die Anstalten in der Bevölkerung zu verankern.

Mehr Verantwortung für die Konkretisierung des Auftrags für die Anstal-

ten bedeutet auch mehr Verantwortung der Gremien. Um die Anstalten langfristig europarechtsfest zu machen, muss geprüft werden, wie ihre Arbeit weiter professionalisiert werden kann. Bislang erscheint es von der konkreten Zusammensetzung und der Diskursdynamik in einem Gremium abzuhängen, inwieweit es sich in eine Rolle hineinfindet, in der ihm noch mehr Verantwortung für die Konkretisierung des Auftrags übertragen werden kann. Es wäre sinnvoll, die Voraussetzungen dafür strukturell abzusichern.

Öffentliches Interesse

Natürlich tragen auch andere Medien wie private Hörfunk- und Fernsehangebote zum Zusammenhalt bei. Dass sie weiterhin Anreize dazu haben, journalistisch-redaktionelle Inhalte zu produzieren und zu senden, liegt im öffentlichen Interesse. Die schon seit Jahren diskutierten

Anzeige



Der beste Schutz der Demokratie
ist eine freie Presse.

Herzlichen Glückwunsch zum
70. Geburtstag, epd medien!

BDZV
www.bdzv.de

Vorschläge, stärker über Anreize zu regulieren, verdienen vor diesem Hintergrund neue Beachtung.

Transparenz wird oft als regulatorisches Allheilmittel verkauft. Im Bereich der Intermediäre tut sie allerdings not: Wer strukturelle Bedeutung für die öffentliche Kommunikation hat, muss sich der öffentlichen Diskussion dieser Rolle stellen und dafür muss man sie verstehen können. Bei jeder Transparenzregelung bildet die Frage den Ausgangspunkt, wer was verstanden haben muss, um das regulatorische Ziel zu erreichen. Stellt man sie hier, so wird deutlich, dass es nicht nötig ist, Algorithmen oder gar den Source Code offenzulegen, um klarzumachen, welche Kriterien bei Selektion und Sortierung eine Rolle spielen und welche nicht.

Die vielfach geforderte Diskriminierungsfreiheit gesetzlich abzusichern, stößt allerdings an die oben genannten Grenzen, die sich aus der Hybridisierung und Funktionsdifferenzierung bei Online-Intermediären ergeben. Sie sind keine Medien, und auch eine Reduktion auf die Funktion der Verbreitung medialer Inhalte wird ihnen nicht gerecht. Sie erfüllen eine spezifische intermediäre Funktion, die oftmals gerade in der Ungleichbehandlung bei der Selektion und Sortierung von Inhalten liegt.

Wann schlägt eine solche Ungleichbehandlung in eine Diskriminierung um? Schon bei traditionellen Medien sind Konzepte wenig brauchbar, die versuchen, Vielfalt in der Gesellschaft zu messen und darauf ein Repräsentationsmodell zu bauen. Die Vielfaltssicherung wird weitgehend prozeduralisiert und pluralen Gremien zur Konkretisierung zugewiesen. Die bekannten Konzepte versagen dann vollständig, wenn sich der Bereich des Medialen, der reguliert werden soll, nicht mehr abgrenzen lässt.

Wiederum eignet sich der Newsfeed als Beispiel: Der aktuelle Gesetzes-

entwurf der Länder sieht vor, dass mediale Inhalte nicht ohne sachlichen Grund ungleich behandelt werden dürfen. Dies könnte dazu führen, dass wegen dieser Regelung ein mediales Angebot, das bei Anwendung des Algorithmus auf einem unteren Listenplatz wäre, hochgestuft werden muss. Dies geht logisch nur, wenn andere, nicht mediale Inhalte heruntergestuft werden. Dies ist nur unter der Prämisse verfassungsrechtlich haltbar, dass jeder beliebige mediale Inhalt für die Vielfalt wichtiger ist als jeder beliebige nicht mediale. Die Prämisse ist nicht plausibel, auch wenn viel dafür spricht, dass journalistisch-redaktionelle Inhalte immer noch eine besondere Funktion für die Selbstbeobachtung der Gesellschaft erfüllen. Das Konzept der gestalteten Vielfalt stößt an strukturelle Grenzen.

Damit hat jedenfalls für diese Fälle das Konzept einer Repräsentation von Vielfalt ausgedient. Sinnvoll erscheint daher die Entwicklung funktionsspezifischer Kriterien in Bezug auf Diskriminierung statt einer Übertragung von rundfunkrechtlichen Konzepten. Insgesamt wäre zu prüfen, ob der Gesetzgeber nicht eher problem- als dienstebezogen reguliert. Denkbar wäre etwa eine Regulierung zur Sicherung der Integrität von Wahlen, bei der auch, aber nicht nur Manipulationen durch Intermediäre in den Blick genommen werden.

Öffentliche Infrastrukturen

Wie schon der Begriff nahelegt, haben die Intermediäre eine Rolle in der Mitte von Kommunikationsprozessen, die als Angriffspunkte für Regulierung attraktiv erscheinen. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz nutzt sie, um rechtswidrige Inhalte möglichst rasch verschwinden zu lassen. Auf das Risiko, dass so rechtmäßige Inhalte durch Irrtum oder Übervorsicht gelöscht werden, wollen einige reagieren, indem Pflichten statuiert werden, Inhalte nach einem erfolgreichen Beschwerdeverfahren

wieder auf die Plattform zu heben. Diese auf den ersten Blick plausible Regelung würde aber Inhalten ein Recht auf Plattformnutzung zuweisen, das Inhalte normalerweise nicht haben. Diese und ähnliche Vorschläge führen zu einer schleichenden Sozialisierung der privaten Plattformen. Die Möglichkeit des Betreibers, nach eigenem Geschäftsmodell oder eigenen Wertvorstellungen zu bestimmen, was auf der Plattform veröffentlicht werden soll und was nicht, engt sich ein.

Auch in der wissenschaftlichen Diskussion wird zuweilen die Analogie zu öffentlichen Infrastrukturen gezogen. Braucht nicht die Gesellschaft mittlerweile Google und Facebook so notwendig wie Wasserleitungen und Straßen? Die Analogie ist interessant, aber auch folgenreich. Der wesentliche Charakter der Infrastruktur ist, dass sie als Vorleistung für die eigentliche Leistung erscheint. Damit wird der Blick von der eigenen Vermittlungsleistung, vom kommunikativen Mehrwert der intermediären Funktion weggelenkt. Das ist zumindest voreilig, da wir diese noch nicht vollständig begriffen haben. Dass wir auch in der Wissenschaft noch keine überzeugenden Narrative für die intermediären Funktionen gefunden haben, ist ein massives Hindernis für rationale Gesetzgebung.

Von einem bewaffneten Fischerboot, das im Ersten Weltkrieg auf eine generische Schlachtschiffflotte traf, sind die Worte des Kapitäns an seinen Schützen überliefert: „Den Großen zuerst.“ Dies passt zur Vorstellung einer Regulierung der Internetgiganten durch einzelne tapfere Landesmedienanstalten.

Ohne eine weitere Straffung des Föderalismus bei der Aufsicht scheint es kaum möglich, die Aufgaben anzugehen, die sich für die künftige Regulierung ergeben. Das Thema „Landesmedienanstalt aller Länder“ lässt sich vor diesem Hintergrund nicht weiter aufschieben. Immer

wichtiger wird dabei auch das technische Wissen. Ob dies bei jeder Aufsicht selbst produziert werden muss oder eine zentrale Einrichtung die bessere Lösung wäre, ist eine nachrangige Frage. Der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen hat jüngst eine Digitalagentur als Querschnittsinstanz ins Gespräch gebracht.

Koordinierte Planung

Eine Redewendung sagt, „die Medienregulierung der Länder hat einen Rasenmähermotor, aber die Bremsen eines Monstertrucks“. Vor diesem Hintergrund ist beachtlich, was aktuell an Reformvorschlägen auf dem Tisch liegt. Dies ist umso erfreulicher, als sich die Europäische Union nicht auf die eigentliche Rolle konzentriert, einen Rahmen für die Medienregulierung der Länder zu schaffen, sondern erratisch

auf Einzelprobleme reagiert, wie man bei der neuen Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste beobachten kann.

Derzeit ist zudem der Trend zu beobachten, dass Staaten und Regionen ihre Gestaltungsmacht zurückzugewinnen versuchen. Dies befördert eine Fragmentierung der Kommunikationsordnung, die den Zugang zu Informationen unnötig erschweren kann. Die entstehenden Regime wenigstens kompatibel zu machen, ist eine Aufgabe von nationaler Medienpolitik, aber auch auswärtiger Kulturpolitik und von den politischen Akteuren, die „Internet Governance“ betreiben.

Die Entwicklung zwingt nicht dazu, die Pfadabhängigkeit grundsätzlich zu beenden. Allerdings gelangen, wie beim Beispiel der positiven Vielfaltssicherung, Konzepte

an ihre Grenzen. Was bislang fehlt, ist ein System, das der Medienpolitik sozusagen als konzeptioneller Steinbruch dient, aus dem sie sich bedienen kann, um den Pfad weiterzuentwickeln. Ein solcher Think-tank könnte auch helfen, eine mittelfristige koordinierte Planung von Bund und Ländern im Bereich der Informationsordnung zu etablieren. Bislang wurde derartigen Vorschlägen höflich die Tür gewiesen – man brauche das nicht, es gehe auch so. Noch scheint der Leidensdruck nicht groß genug zu sein.

Wolfgang Schulz



Prof. Dr. Wolfgang Schulz ist Direktor des Hans-Bredow-Instituts für Medienforschung in Hamburg.

Anzeige



Gemeinsam immer auf dem Laufenden

Prinovis gratuliert epd medien zum 70-jährigen Jubiläum und sagt Danke für die erfolgreiche und gute Zusammenarbeit.

Prinovis

„Wie geht es den Medien, Herr Küppersbusch?“

Was ist zurzeit schlecht in den Medien?

Friedrich Küppersbusch: Die Auflagen.

Und was wird demnächst besser? Es gab schon mal strengere Auflagen.

Lügt die Presse?

„Wie gedruckt.“ So neu ist der Argwohn also nicht, schon sprichwörtlich, und er weht herüber aus Epochen mit deutlich polarisierteren Medien. Klar, „Neues Deutschland“ und „Nationalzeitung“ gibt es auch heute, doch bei einer Blindverkos-

Das ZDF ist seit Jahren jeden Monat der Sieger bei den TV-Marktanteilen. Was ist am ZDF-Programm so toll?

Die Pausen zwischen den Krimis. Das Image der Mainzer moussiert nach „Heute-Show“-Perlen mit einer herben Kopfnote Böhmermann, darunter ist das Leben eine lange Ermittlung.

Die Ministerpräsidenten wollen den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks neu formulieren. Kann das ARD und ZDF noch retten?

Beispiel Airbus, flattert und flackert seit 2013 durch die Debatten: Damals forderte die Bundeskanzlerin im Strudel der NSA-Enthüllungen, man möge sich den Flugzeughersteller zum Vorbild nehmen. „Gegen Boeing habt ihr keine Chance“ habe es Ursprungs geheiß, und heute sei Airbus Branchenprimus. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wurde uns medizinisch verordnet, weil man ihn für das zentrale machtpolitische Werkzeug hielt. Das zentrale Einfallstor für Missbrauch also auch. Den Gedanken kann man würdevoll auf digitale Kommunikation übertragen heute.



„Der ARD-Chef würde seinen Wilhelm gerne unter ein ‚europäisches Youtube‘ setzen.“

Friedrich Küppersbusch moderierte die Sendungen „ZAK“ und „Privatfernsehen“ im Ersten sowie „Tagesschaum“ beim WDR. Er ist geschäftsführender Inhaber der Produktionsfirma Probono. 1991 wurde er mit dem Grimme-Preis ausgezeichnet.

tung lappen heute „Süddeutsche“, „Taz“, „Frankfurter Rundschau“ und „FAZ“ und „Welt“ mehr übereinander. Von den Öffentlich-Rechtlichen zu schweigen, die von Parteien kontrolliert über Parteien berichten. Von Lamento zu La Ola : Man kann über Bachblüten bei Krebs im Endstadium streiten, doch der Schuljournalismus hat sich seine Heilpraktiker inzwischen auch redlich verdient. Okay, da sind derzeit zu viele Heiltheoretiker am Werk.

Das hat doch Facebook-Chef Mark Zuckerberg schon erledigt. Wie er die Europäische Datenschutz-Grundverordnung lobpries und krokodilstränerte, er könne so was Schickes ja leider in vielen Ländern rechtlich nicht anbieten: großes Plädoyer für öffentlich-rechtliche Netzwerke. Werbefrei, datensicher, werbekuratiert, Attacke. Der ARD-Chef würde seinen Wilhelm gerne unter ein „europäisches Youtube“ setzen. Und das Phantom der Opas, das

RTL-Programmgeschäftsführer Frank Hoffmann fordert vom Gesetzgeber mehr Wertschätzung für die Public-Value-Angebote der Privatsender. Welche Angebote ragen aus Ihrer Sicht besonders hervor? Ich warte seit Merkels Rücktrittsankündigung auf „Sauer sucht Frau“. Ansonsten muss sich RTL mit „Nachtjournal“, „SternTV“, Wallraff, Jenke und einer Handvoll sozial interessierter Serien nicht verstecken. Zudem gehört das schnelle Beiboot n-tv zur Gruppe, mitunter eine Alternative für öffentlich-rechtliche Zuschauer, denen die Öffentlich-Rechtlichen nicht mehr öffentlich-rechtlich genug sind. Wenn sich RTL jedoch verstecken wollte, ginge das eh nicht: Der Schatten von ProSieben mit ungefähr genau sieben Minuten Nachrichten am Tag ist eher übersichtlich. Sat.1 nutzt den Job als Chefredakteur als Informationsdarsteller-Castingshow. RTL II hat just seine Nachrichtenredaktion gefeuert. Auch ProSiebenSat.1-Chef Max Conze drohte an, „wir wollen mehr gesellschaftliche Verantwortung übernehmen“, und ließ bereits wissen, das koste natürlich Geld.

Steuervorteile für Newshäppchen, keine Werbegrenzen, wenn Häuptling Silberlocke dpa vorliest – so was kam gelegentlich auf. Deutsche Fernsehschaffende klauen besonders gerne in Holland, Großbritannien, Israel und Skandinavien. Besser als geistiger Inzest, doch auch stets eine Einladung, sich die TV-Systeme dort anzuschauen – wieso haben die Ideen, die wir nicht haben?

Beim Deutschen Fernsehpreis, der demnächst zum 20. Mal vergeben wird, sitzen endlich keine Kritiker mehr in der Jury. Wird das den Fernsehpreis wieder groß machen? Der war eine Konkursmasse des innerbetrieblichen Auszeichnungswesens der Stifter: Goldener Löwe von RTL, Telestar von ARD und ZDF, so was halt. In der DDR gab es silberne und goldene Metallbasreliefs auf Meißner Porzellan; wenn man vom Parteitag berichten durfte, war der Nippes obligat. Das

Erstaunlichste am Deutschen Fernsehpreis scheint, dass gegen diese Materialschlacht der Grimme-Preis überlebte.

Springer-Chef Mathias Döpfner ist Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger. Sein eigener Konzern gibt aber kaum noch Tageszeitungen heraus. Wie kann das sein?

Gelernt. Bei Sat.1 ließ Filmhändler Leo Kirch die Verleger für seine Resterampe bluten. Damals zahlte Springer ordentlich drauf. Nun schickt ein digital orientierter Konzern die Printdinos für sich an die Front. Schlaue Strategie.

Beim Kampf um das Leistungsschutzrecht für Presseverleger haben sich Zeitungsredakteure an die Spitze der Bewegung gesetzt. Was sagt das über den Medienjournalismus?

Begriffsstutzigkeit.

Durch die #MeToo-Debatte haben wir gelernt, dass es im WDR Machtmissbrauch gab und „Alphatier“, die Praktikantinnen Pornos vorführten. Warten Sie genauso gespannt wie wir auf Enthüllungen aus den Häusern Axel Springer, Gruner + Jahr und Funke?

Bei „Bild“ hat's schon ordentlich gescheppert, als Diekmann ging. Doch der Kern Ihrer Frage zielt ins Schwarze. Nicht ins kleine Schwarze. Öffentlich-Rechtliche können – mühevoll, aber doch – zur Klärung ihrer Unternehmenskultur gezwungen werden. Das spricht eher für sie.

Der moderne Mann, ist der eher „Boa“ oder „Beef“?

Als Studenten wollten wir auf „Brigitte“ irgendwann mit einer Illustrierten „Mampfred“ antworten. Liegt vor.

Fragen: Ellen Nebel, Michael Ridder, Diemut Roether

Anzeige

Happy Birthday

70 Jahre
epd medien



evmedienhaus.de

Wir verbinden Medien und Kirche

Notiert

■ „Inhaltlich möchten wir die Sendungen des Rundfunks bereichern helfen, indem wir an sie immer wieder die grossen Masstäbe anlegen, die der Kirche durch ihren Auftrag gegeben sind; formal möchten wir die Kirche immer mehr in die Lage versetzen, ihren Auftrag am Mikrofon ebenfalls zu erfüllen, indem wir ihr die Erfahrungen vermitteln, die der Rundfunk in seiner nunmehr 25jährigen Praxis gewonnen hat. Kirche und Rundfunk haben etwas sehr Wesentliches gemeinsam. Sie sprechen beide nicht zu einer ausgesuchten, sondern einer sehr vielfältigen Menge von Menschen, die sich aus hohen und niederen, armen und reichen, gebildeten und einfältigen zusammensetzt.“ – *Aus epd/Kirche und Rundfunk 1/49.*

■ „Bei der grossen Zahl an Frauen in Deutschland ,sind alle Rundfunksender mehr oder weniger Frauenfunk. (...) In Anbetracht ihres häufig sehr geringen Interesses für politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Angelegenheiten stellen die Frauen eine der grössten Gefahren dar, eine der Gruppen, die für Propaganda und Bestechlichkeit am anfälligsten sind. Je schneller alle Abteilungen begreifen, dass ihre Arbeit unbedingt ein Bestandteil des Frauenfunks sein muss, desto erfreulicher sind die Zukunftsaussichten für deutsche Frauen, deutsche Kinder und Deutschland überhaupt.“ – *Zitate von Harry J. Skornia in epd/Kirche und Rundfunk 17/49*

■ „Ob die nun gegründete Arbeitsgemeinschaft (die ja als solche auch kaum etwas anderes ist als eine sozusagen in Permanenz gebrachte und in feste Regeln gegossene Intendantenkonferenz) imstande sein wird, die ihr gestellten Aufgaben zu lösen, wird von der Bereitwilligkeit der Intendanten abhängen, sich aus dem Senderegoismus zu lösen und sich unter die gemeinsame Idee

einer deutschen Rundfunkarbeit zu stellen. Die Notwendigkeit zur einstimmigen Beschlussfassung kann ebenso zum unüberwindlichen Hindernis wie zum antreibenden Motor werden.“ – *Aus epd/Kirche und Rundfunk 14/50*

■ „Demnächst wird es eine recht unerquickliche Gattung von Nachrichten geben: den Vergleich der Zuschauerzahlen. Soundsoviel sahen im Durchschnitt der letzten Woche dem ARD-Programm zu, soundsoviel dem ZDF-Programm aus Mainz. Die einen werden triumphieren, untermischt mit einer Prise Boshaftigkeit, die anderen werden beschwichtigen oder gar dementieren. (...) Und es ist zu befürchten: das Idol der Quantität wird ein Terror-Regime in den Anstalten errichten. Es wird unausbleiblich so sein, daß bei jeder Planung nach dem Grade der ‚Popularität‘ des Vorhabens geschielt wird, nach der vermutlichen Sehbeteiligung, und die Minderheiten – also vor allem die wissenschaftlich, literarisch und künstlerisch Interessierten – werden rigoroser abgedrängt werden als es angemessen wäre.“ – *Aus epd/Kirche und Fernsehen 13/63.*

■ „Ach, die Redaktion hätte es gewiß leichter, wenn sie zu allen Erscheinungen, Projekten und Programmen brav und zustimmend nicken würde, leichter schon deshalb, weil man im Laufe der Jahre in den Funkhäusern recht selbstsicher und entsprechend empfindlich geworden ist. Unaufhörlicher Applaus, das würde – so wenigstens scheint es – auf seiten der Sender lieber wahrgenommen als ernste Mitüberlegung.“ – *Friedrich Wilhelm Hymmen in epd/Kirche und Rundfunk 7/64*

■ „Teenager sind nach der Meinung des BBC-Fernsehdirektors Kenneth Adam keine besonders anzusprechende Zuschauergruppe. In Man-

chester erklärte er, das BBC-Fernsehen habe zwar die Programme für Kinder in letzter Zeit verdoppelt und beabsichtige, noch mehr als bisher die verschiedenen Altersgruppen der jungen Zuschauer zu berücksichtigen. Nur bei Teenagern sei das nicht nötig, da sie selbst wie Erwachsene behandelt werden wollen und jede Sendung ablehnen, in der sie als zwischen Kindern und Erwachsenen stehend behandelt werden.“ – *Aus epd/Kirche und Fernsehen 25/64.*

■ „Dies ist der bitterste Tropfen im Kelch der ZDF-Feierlichkeiten: daß die Anstalt oft genug ein labiles Etwas zwischen den Machtblöcken zu sein scheint: Zwischen Staatskanzlei Mainz und Wiesbaden und dem Erich-Ollenhauer-Haus – praktische Politik? Mit einer SPD, die emsig um Nachholbedarf kämpft, mit einer CDU, die strategisch wichtige Positionen sehr geschickt verteidigt. Was den freien Rundfunk in der Bundesrepublik angeht, so hat man wenig Anlaß, das zehnjährige Bestehen des ZDF zu überschwenglich zu feiern.“ – *Michael Schmid-Ospach in epd/Kirche und Fernsehen 12/73.*

■ „Die Gebühr darf nicht zu Zwecken der Programmienkung oder der Medienpolitik eingesetzt werden. Das klingt so, als mußte es endlich mal gesagt werden, als gelte es, einer beginnenden neuen Formierung der Bundesrepublik – fort von der Freiheit – vorzubeugen. Über solcherart kritische Bestandsaufnahme geht noch hinaus, was das Gericht beiläufig zum privaten Rundfunk bemerkte. Hier ist die Enttäuschung darüber unüberhörbar, daß die neuen Programmanbieter eben nicht, wie politisch gewollt und demokratietheoretisch mit viel Optimismus erwartet, zu einer Bereicherung unserer Kommunikationskultur beigetragen haben.“ – *Volker Lilienthal in epd/Kirche und Rundfunk 15/94*

Herzliche Glückwünsche



aus der Metropolregion
zum 70-jährigen Bestehen.

Wir freuen uns auf viele weitere Jahre
guter Zusammenarbeit.



Wir sind das reichweitenstärkste Medium in der Metropolregion Rheinland.



Mit dem Zweiten sieht man besser



Erfahrung, Wissen
und Spürsinn. So
geht eine ordentliche
Recherche.

Wir gratulieren epd medien zum
70-jährigen Jubiläum.